



Der Antrag Windhorst.

Die Verhandlung über den Antrag Windhorst hat zu einer Niederlage des Centrums geführt, die einem Sieg so ähnlich sieht, wie ein Sieg dem anderen; die Schlussklärung des Antragstellers, er sei mit dem Verlaufe des Tages zufrieden, wurde zwar mit ironischer Heiterkeit aufgenommen, aber wir meinen, daß die Heiterkeit auf Seiten des Herrn Windhorst die solidere gewesen sein wird.

Der Antrag ist abgelehnt worden gegen alle Stimmen mit Ausnahme des Centrums und der mit ihnen verbündeten Polen. Nur der dänischredende Herr Johannsen ging zu ihnen über, vielleicht aus keinem andern Grunde als aus dem, weil es ihm schwer wird, mit der Regierung zu stimmen. Sein Votum sachlich zu begründen würde er, wenn er dazu aufgerufen würde, wohl nicht im Stande sein. Im Übrigen war das Haus völlig einig, von der äußersten Rechten der conservativen Partei, von Hammerstein und Stöcker an bis zur freisinnigen Partei. Wenn Drichter noch lebte und Träger dem Hause noch angehörte, so würden sie sich in diesem Falle nicht zu Gunsten des Centrums von ihren Freunden getrennt haben.

Mit Ausnahme des Centrums war das Haus einig, aber nur in Beziehung auf die Schlussabstimmung; hinsichtlich der Gründe klappte durch die Majorität eine Differenz, wie man sich dieselbe greller gar nicht ausmalen kann. Die Nationalliberalen meinten, der Windhorst'sche Antrag dürfe nicht angenommen werden, weil die Verwirklichung der darin gestellten Forderungen dem Preußischen Staate schädlich sein würde, und Herr von Gössler meinte, der Windhorst'sche Antrag brauche nicht angenommen zu werden, weil die in denselben gestellten Forderungen in Preußen schon verwirklicht seien. Eine größere Verschiedenheit zwischen dem Standpunkte der Regierung und demjenigen einer Partei, welche der Regierung ihre Unterstützung leistet, läßt sich gar nicht ausmalen. Zwischen diesen beiden stand die freisinnige Partei, welche der Ansicht ist, daß die bestehenden Zustände und die bestehende Gesetzgebung der Reform dringend bedürftig seien, daß aber diese Reform sich nicht in derjenigen Richtung bewegen dürfe, auf welche der Antrag Windhorst hinweist.

Grenzregulierung zwischen Kirche und Schule auf dem Wege der Gesetzgebung ist eine Forderung, welche die freisinnige Partei unablässig erhebt. Von diesem Streben ist die Regierung seit dem Jahre 1880 ganz ausdrücklich zurückgetreten und hat erklärt, nicht auf dem Boden der Gesetzgebung, sondern auf demjenigen der Thatsachen sei die Verständigung zu suchen. Feststellung der Rechtsverhältnisse der Schule auf dem Wege eines Unterrichtsgesetzes ist eine andere Forderung der freisinnigen Partei, deren Erfüllung seit vierzig Jahren verheißen ist, ohne einen einzigen Schritt vorwärts zu rücken. Wir wissen sehr wohl, daß die Verwirklichung dieser beiden Forderungen einer späteren schaffensfrohen und schaffenskräftigen Zeit vorbehalten bleiben muß, und daß wir uns darauf zu beschränken haben, Zeugnis dafür abzulegen, daß wir es sind, welche diese beiden Ziele keinen Augenblick aus dem Gesicht verlieren.

Als Herr von Gynern mit einem gewissen Unbehagen darauf drang, daß der Antrag Windhorst möglichst bald zur Verhandlung gestellt werde, hat er sicher darauf gerechnet, daß dieser Antrag von Seiten der Regierung sachlich und in der Form eine so scharfe Zurückweisung erfahren werde, daß die Antragsteller als Gejagte aus dem Kampfe heimkehren. Und diese Erwartung ist getäuscht worden. Zunächst gab der Cultusminister schon durch die Form seiner Rede zu erkennen, daß ihm keine Absicht ferner liege als die, dem Centrum schroff gegenüber zu treten. Es fiel ihm auch gar nicht ein, wie die offizielle Presse das jetzt liebt, einen Unterschied zwischen der Centrums-partei und Herrn Windhorst zu machen, vielmehr behandelte er den letzteren mit allen denjenigen Rücksichten, welche dem Führer einer großen Partei gebühren. In dieser versöhnlichen Form, welche einer oppositionellen Partei gegenüber angeklagt wird, haben wir selbstverständlich nicht das Geringste auszuzeichnen, können vielmehr nur wünschen, daß diese Sitte stets beobachtet werde.

Aber sachlich machte der Cultusminister dem Centrum Concessions, mit denen wir uns nimmermehr einverstanden erklären können. Noch niemals, seitdem er Minister geworden, hat er sich den Forderungen gezeigt. Er ließ einen wohlgefälligen Blick auf Herrn von Puttkamer fallen, mit welchem er sich ganz und gar einverstanden erklärte; er ließ einen mißfälligen Blick auf Herrn Falk fallen, der verworrene Zustände hinterlassen habe; er erklärte sich ganz und gar bereit, den Einfluß der Kirche auf die Schule zu stärken und wies an Zahlen, die bisher noch nicht bekannt waren, nach, in welchem Umfang dies geschehen sei. Der Inhalt seiner Rede läßt sich etwa dahin zusammenfassen, daß das Schulaufsichtsgesetz zwar nicht aufgehoben sei, aber praxis auch keine andere sein könne, wenn es nicht bestände.

Herr Windhorst nahm alle diese Erklärungen sehr behaglich hin und erwiederte darauf, daß es auch gar nicht die Absicht seines Antrages sei, an den bestehenden Zuständen, mit welchen er zufrieden sei, irgend etwas zu ändern, sondern daß sein Antrag im Gegenthell Gefahr einer veränderten Praxis zu behüten. Nach den Erklärungen, die der Cultusminister abgegeben hat, ist seine Hoffnung, daß im Laufe der Zeit sein Antrag auch die Zustimmung der Regierung finden wird, sehr wohl begreiflich.

Die Haltung der Regierung erleichterte es denjenigen Mitgliedern der conservativen Partei, welche von vornherein starke Neigungen für den Windhorst'schen Antrag gehabt hatten, diese Neigung zurückzudrängen und sich dem ablehnenden Votum anzuschließen. Wo Herr Windhorst so zufrieden war, brauchten sie doch keine Unzufriedenheit zur Schau zu tragen. War die Regierung ihnen ein großes Stück Wege entgegengekommen, so konnten sie auch der Regierung entgegenkommen. Herr Stöcker übernahm es, ihre Anschauungen in Worte zu fassen und hat sich dieser Aufgabe mit großer Geschicklichkeit entledigt. Daz gerade er es übernommen hatte, in Wahrung des vom Staate eingenommenen Standpunktes dem Abgeordneten Windhorst entgegenzutreten, ist eben so charakteristisch, wie daß seine ganze Fraktion ihm willig das Amt überließ, als Sprecher für sie aufzutreten. Die Spaltung innerhalb der conservativen Partei war mit einem Schlag vollständig beseitigt; die Partei war einig, um der Regierung ihre Unter-

stützung anzubieten, und von allen denen, welche die Regierung unterstützten, konnte diese die Gründe der conservativen Partei vorbehaltlos billigen. Herr Windhorst ist nicht der, der mit dem Tage am unzufriedensten sein muß; wer aber mit demselben am zufriedensten sein kann, ist ohne Frage Herr Stöcker. Er hat sich bei dieser Gelegenheit nach manchem Unangenehmen, was ihm begegnet war, wieder einmal als eine sehr schwäbische Kraft empfohlen.

Deutschland.

Berlin, 1. März. [Der Gesetzentwurf,] betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die außerordentlichen Geldmittel, welche in dem Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Geschäftsjahr 1889/90 zur Besteitung einmaliger Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres mit 12 492 304 Mark vorgesehen sind, bis zur Höhe dieses Betrages im Wege des Credits flüssig zu machen und zu diesem Zweck in dem Nominalbetrage, wie er zur Beschaffung jener Summen erforderlich sein wird, eine verzinsliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni 1868 zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schahaneweisungen auszugeben. § 2. Die Bestimmungen in den §§ 2—5 vom 27. Januar 1875, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Marine und Telegraphen-Verwaltung, finden auf die nach dem gegenwärtigen Gesetze aufzunehmende Anleihe und auszugebenden Schahaneweisungen mit der Maßgabe Anwendung, daß Binscheine auch für einen längeren Zeitraum als vier Jahre ausgegeben werden dürfen.

Die Begründung lautet: „Der vorliegende Gesetzentwurf schließt sich den gleichartigen mit Bezug auf den Reichshaushaltsetat vor-

gelegten früheren Entwürfen insofern an, als er die gesetzliche Grundlage für die Aufnahme derjenigen Anleihemittel schaffen soll, welche in dem Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1889/90 im Cap. 23 der Einnahmen unter Tit. 1 und 2 eingestellt und zur Besteitung der in der Erläuterung zu diesen Titeln bezeichneten Ausgaben des Heerwesens bestimmt sind. — Bezüglich der Frage wegen Deckung der Ausgaben aus den ordentlichen Einnahmen oder aus Anleihemitteln ist nach den Grundsätzen verfahren, welche bisher zur Richtschnur gedenkt haben. Insbesondere gilt das von den Ansätzen für Grundstückserwerbungen und Bauten. Für die übrigen einmaligen Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres ist die Nebennahme auf Anleihemittel insofern vorgesehen, als es sich nicht um Forderungen handelt, welche in den Grenzen der sonst in Jahresetats aufgesetzten Beträge für geringere Organisationsänderungen sich bewegen. Die letzteren sind den ordentlichen Mitteln zur Last gestellt.“ — Der Nachtragsetat selbst liegt noch nicht vor; es handelt sich aber, wie die „Nat.-Ztg.“ bemerkte, offenbar um die Forderung für die Artillerie.

[Tages-Chronik.] Ueber die Emin-Pascha-Expedition bringt die „B. V. - Ztg.“ folgende sehr reservirt klingende Mitteilungen: „Die Emin-Pascha-Expedition hat in den letzten Tagen zwar weniger als bisher von sich reden gemacht, doch ruhten die Vorbereitungen für dieselbe keinesfalls. Eine neue Schwierigkeit scheint der Durchführung der Expedition jetzt wieder aus dem Umstände zu erwachsen, daß man in maßgebenden Kreisen kaum geneigt zu sein scheint, dem Expeditionskorps den Durchzug durch das australische Gebiet in Ostafrika gestatten zu wollen. Die bezüglich der Freilassung der gegangen gewesenen Missionare zu Tage getretenen außerordentlichen Schwierigkeiten haben es als besonders nothwendig erscheinen lassen, den Arabern jede Möglichkeit abzuziehen, durch etwa in ihre Hände fallende Geiseln einen Druck auf die zur Unterdrückung des Aufstandes im Ganzen geplanten Maßregeln zu üben. Der Reichscommissar Wissmann wäre wohl im Stande, der Expedition für den Marsch durch den immerhin schmalen Küstengürtel schon jetzt Schutz zu gewähren, weiter im Innern könnte es der Expedition aber leicht ähnlich und schlimmer ergehen, wie der englischen, welche nur wenige Meilen hinter Mombas festgehalten wurde. Gewiß muß es als eine Aufgabe des Reichs betrachtet werden, zunächst ohne Rücksicht auf andere Unternehmungen die Durchführung der mit Reichsmitteln ausgestatteten Wissmann'schen Mission vor allen derartigen Zwischenfällen mit unberechenbarer Tragweite sicher zu stellen. Es wird sich also für die Expedition um das Aufsuchen einer anderen Route handeln, von der jetzt schon zu sprechen inopportunit wäre.“

Derselben Blatte wird geschrieben: „Das Schulgeschwader, dessen Eintreffen in Port Said ständig zu erwarten steht, wird — wie schon mitgetheilt — nicht, wenigstens zunächst nicht, von Port Said nach Samoa beordert werden. Nach seinem Eintreffen an genannter Stelle soll das Schulgeschwader zuvor der ersten Einführung des Ostuftikas einschlagen. Dort wird, sei es nun in Zanzibar, sei es vor Dar-Es-Salaam oder einem anderen Küstenplatz, die Vereinigung mit dem Blokadegeschwader erfolgen. Diese Vereinigung wird eine zeitweilige Entlastung des Blokadegeschwaders ermöglichen und ferner den Zweck haben, bei Beginn der Wissmann'schen Expedition die Festsetzung des Vortrabes bis zu dem Moment zu sichern, in dem eine vollständige Entfaltung der dem Expeditions-Korps selbst zur Verfügung stehenden Kräfte möglich ist. Nicht ausgeschlossen ist, daß die so überaus starke Vereinigung maritimer Streitkräfte Gelegenheit giebt, eine wünschenswerthe gleichzeitige Action an verschiedenen Küstenpunkten ins Werk zu setzen. Wie und zu welcher Zeit über die dann an der Ostküste Afrikas vereinigten Schiffe weiter disponirt werden wird, darüber sind zur Zeit endgültige Dispositionen um so weniger getroffen, als mit Sicherheit nicht vorauszusehen ist, bis zu welcher Zeit die angestrebten Ziele erreicht werden können. Selbstverständlich darf man hierbei nicht denken, daß die Marine zu einer Mitwirkung im Innern irgendwie ins Auge gefaßt ist. Es wird sich für die Kriegsmarine um nichts Weiteres handeln, als so zu sagen, um die Sicherung des militärischen Aufmarsches des Wissmann'schen Expeditions-Korps. Hieraus ergibt sich zur Evidenz, daß aus der dem Schulgeschwader gegebenen Segelordre eine Abordnung desselben nach Samoa, wie neuerdings in der Presse als feststehend hingestellt wurde, nicht geschlossen werden kann. Keinesfalls wird das Schulgeschwader in seiner jetzigen Zusammensetzung sich mit den in der Südsee anwesenden maritimen Streitkräften vereinigen. Es hat überhaupt den Anschein, als ob man es vermeiden wollte, in Samoa Streitkräfte zu vereinigen, welche es vermeiden wollten, in Samoa Streitkräfte zu vereinigen, welche die Annahme Grund geben könnten, daß weitere Pläne daselbst deutlicherweise ins Auge gefaßt wurden.“

[Der neue Staatssekretär von Puttkamer] in Straßburg ist

jetzt 57 Jahre alt, 1861 als Kreisrichter in Fraustadt (Posen) angestellt, wurde er 1871 zum Appellationsgerichtsrath in Kolmar ernannt, 1877 wurde er dafelbst Generaladvokat (diese Stellung entspricht der des jetzigen Staatsanwaltes beim Oberlandesgericht), und im Jahre 1879, gelegentlich der Neubildung der reichsländischen Verhältnisse, Unterstaatssekretär im Ministerium und Leiter der Abtheilung für Justiz und Cultus, Gefängniswesen u. s. w. Seit 1884 ist er stellvertretender Bevollmächtigter beim Bundesrat, seit 1886 außerdem noch mit der stellvertretenden Befehlshabung der Geschäfte des seit Herrn von Hoffmanns Ausscheiden nicht wiederbesetzten Staatssekretariats beauftragt gewesen; seither ist er auch oberster Chef der Unterrechtsverwaltung. Von 1867—1871 gehörte Herr von Puttkamer dem Abgeordnetenhaus, von 1867—1881 dem Reichstag an. Vom Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn bis zum 12. Juli 1879 hat Puttkamer der national-liberalen Fraction angehört; er schied mit Volk und anderen Genossen aus derselben aus, weil er die ablehnende Haltung der Fraction gegenüber der Zolltarifvorlage nicht billigte.

[Der Cultusminister Herr v. Gössler] veranstaltete am Mittwoch eine musikalische Abendunterhaltung, zu welcher bis 9 Uhr etwa 400 eingeladene Gäste erschienen waren. Der Minister, seine Gemahlin und Tochter empfingen und begrüßten, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, dieselben in dem, im ersten Stockwerk zunächst dem Treppenflur gelegenen Vorraum. Die Mehrzahl der Minister mit ihren Damen war erschienen. Aus Mitgliedern des diplomatischen Corps, des Herren- und Abgeordnetenhauses, Höfchungen, höheren Reichs- und Staatsbeamten, Offizieren aller Grade, Professoren der Universität, des Polytechnikums, Mitgliedern des Senats und Professoren der Akademie der Künste, einigen titelloseren Persönlichkeiten aus den wissenschaftlichen, künstlerischen und literarischen Kreisen, der „Elite von Berlin“ und einem reichen Damensektor in großen Toiletten setzte sich die Gesellschaft zusammen. Selbstverständlich entging Herr von Gössler nicht völlig den ihm dargebrachten Glückwünschen um seiner durch die Morgenblätter derselben Tages bekannt gewordenen militärischen Standeserhöhung zum Major willen. Die diesseits des großen Festhauses gelegenen Räume waren bald von einer dichten Menge erfüllt und von dem Rauch des lebhaftesten allgemeinen Gesprächs durchdröhnt. Um 9½ Uhr etwa lud der Minister die Gesellschaft ein, sich in den großen Festsaal zu begeben. Die Damen ließen sich auf den Sofstellen, die in der Querrichtung des Saales aufgestellt waren, und auf den Wanddivans nieder. Nur für eine kleine Zahl von Herren blieb hier Platz, um dem Concert aus einer Nähe zu lauschen. Die Mehrheit vertheilte sich in den nächstangrenzenden und unterlegenen Sälen und Gemächern. Das Concert wurde durch das Mendelssohnsche Präludium und die Fuge in E-moll, von Professor Barth auf dem Flügel gespielt, eröffnet. Als zweite Nummer folgte Beethovens Quartett op. 18, Nr. 2 in G-dur, von den Herren Professoren Joachim, de Ahna, Wirth und Hausmann in gewohnter herlicher Vollendung vorgetragen. Nach einer Pause, während welcher Erfrischungen in dem Festsaal umhergetragen wurden, erlangte von Astor Schulz von Alten vorgetragen, das Lied „Erstes Grün“ von Schumann. Ihm folgte der Gesang des phantastisch-zierlichen „Sandmann“; von Bergote's „Se tu m'am“ von Wasseiges „Crepuscule“ und von Bizeis „Viel chanson“. Das letzte Wort in diesem Concert hatte Joachim. Er spielte mit hinreißender Macht ein Adagio von Viotti und drei von ihm und Brahms bearbeiteten „ungarischen Tänze“. Nach diesem programmäßigen Schluss der musikalischen Unterhaltung verließ die Gesellschaft den Festsaal, in welchem sofort mit großer Schnelligkeit die Tische für das Buffetouper, wie es bereits in den anderen Räumen getheilt waren, aufgestellt und gedeckt wurden. An diesen Tischen in allen Sälen und Gemächern vertheilte sich die Menge der Gäste in frei gewählten und gebildeten Gruppen. Der Sturm der für ihre Damen ausgewählten Herren auf die Buffets begann. Die dort glücklich errungene, oft wunderlich gemischte Beute wurde von den ihrer an den kleinen Tischen Harrenden in besserer Laune empfunden, vertheilt und genossen. Schon begann man hier und da an den kleinen Tafeln aufzubrechen, als Herr von Kneidell auf die Bitte des Gastgebers sich an den Flügel setzte und der „Abendunterhaltung“ das schönste Finale mit dem meisterlichen Vortrag des letzten Sanges von Beethovens großer Sonate in C-dur gab.

[Die national-liberalen Fraction des Abgeordnetenhauses] veranstaltete am Mittwoch zu Ehren ihres Mitgliedes Dr. Hammacher, welcher auf eine fünfundzwanzigjährige Thätigkeit als Abgeordneter zurückblickt, ein Mittagsmahl.

[Der Abg. Alexander Meyer] hielt am Donnerstag im Wahlverein des zweiten Berliner Wahlkreises einen Vortrag. Er berührte zuerst den Windhorst'schen Antrag über die Schule, ging, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, sodann zur Schilderung der gegenwärtigen politischen Lage über und knüpfte daran Betrachtungen, wie die Zukunft sich nach Eintreten von Ereignissen, die naturgemäß nicht ausbleiben könnten, gestalten dürfte. Der kommende Mann werde schwierlich aus der Mittelpartei kommen, sondern alle Anzeichen sprächen dafür, daß die extreme äußerste Rechte, die conservative Partei, jenen Mann in ihrer Mitte berge. Einen Anhaltspunkt für diese Annahme ließ die Thatache, daß man in der offiziösen Presse immer noch nicht aufhören, das Andenken an den verstorbenen Kaiser Friedrich zu verunglimpfen. Es geschehe dies augenscheinlich zu dem Zwecke, um den Werth des Urtheils des verehrten Kaisers, der die Freiheit nicht für Reichsfeinde hielt, herabzusezen. Was in Betreff der neunundneunzig Tage an Verläundungen geleistet worden sei, gehe ins Ungeheuerliche, so sei beispielweise auch das Gericht verbreitet worden, es habe zu jener Zeit eine Gesellschaft bestanden — zu der natürlich auch die freisinnige Partei gehören sollte — welche Elsäss-Lothringen an Frankreich zurückgeben wolle. Redner sprach sodann das Colonialgesetz und die Aussichten, die das Deutsche Reich aus der Colonialpolitik zu erwarten habe. Er halte es für ratsam, den beschrittenen Weg zu verlassen und ein Project aufzugeben, welches nicht durchzuführen sei, weil es an den geeigneten Leuten fehle. Es sei zu verzeihen, daß bis her keine praktischen Erfolge aufzuweisen seien, aber es sei tief betrübend, wenn das Deutsche Reich durch das incorrecte Verhalten einiger Beamten in Conflicte verwirkt würde, wodurch eine große Anzahl braver Marinesoldaten das Leben einbüßte. Was kann daraus entstehen, wenn ein weniger energetischer Mann als Fürst Bismarck am Ruder stände? Denn das müsse man ihm zum Ruhme nachsagen, daß er nicht anstrebe, die Mafregeln seiner Beamten, welche sich als fehlerhaft erweisen, öffentlich zu tadeln. Es müsse die Zukunft jeden deutschen Mann mit banger Sorge erfüllen. Nachdem der Redner noch das bevorstehende Alters-Verborgungsgefecht in den Bereich seiner Betrachtungen gezogen, sprach er seine Ansicht darin aus, daß der Reichstag wahrscheinlich in diesem Herbst die Auflösung verfallen würde, aber wie der dann neu zu währende Reichstag sich auch zusammenfesche, würde, daß ein müßig der Wunsch eines jeden deutschen Mannes sein, daß man den Volksvertretern der späteren Session weniger Vorwürfe zu machen habe, wie denjenigen der jetzigen.

[Jüdischen Präparanden] wird jetzt, nach einem Rescript des Cultusministers, bei dem Besuch von Präparandenanstalten zur Vorbereitung für die Schullehrerseminare eine Unterhöfung aus Staatsmitteln nicht mehr gewährt, weil dem schon vorhandenen Überflug jüdischer Lehrer ein Bedürfnis für den Eintritt in die Präparandenanstalt nicht nachgewiesen werden kann“.

Frankreich.

L. Paris, 27. Febr. [Abgeordnetenkammer.] Den Text des Gesetzentwurfs, betreffend die Bereitstellung der plebsitaren Umtriebe, welchen die Abg. Laffon, Mormonier, Pichon und Geissos in der Kammer einbrachten, haben wir bereits wiedergegeben. Kaum hatte der Abg. René Laffon seinen Antrag zu motivieren begonnen und von einer „gewissen Persönlichkeit“ gesprochen, deren ganz Thätigkeit als Abgeordneter sich darauf beschränkt, sich immer um neue Sitze zu bewerben, als auf der Rechten und unter dem Häuflein der Boulangisten ein wahrer tumult ausbrach. Le Héritage, bekanntlich einer der Schläppen des Generals, schrie aus Leibeskästen und der Bonapartist Le

Provost de Launay schrie ebenso laut, um seine Ansicht zu unterstützen, die Republikaner hätten einen Anschlag gegen das allgemeine Stimmrecht geschmiedet. Beide bestanden darauf, daß die Dringlichkeit fogleich erklärt und die Berathung beginnen sollte. René Laffon fand, die Herren hätten es gar zu eilig, eine gründliche Prüfung wäre unter solchen Umständen gar nicht möglich, aber Paul de Cassagnac schnitt ihm mit seiner gewohnten Heftigkeit das Wort ab: ein so schmählicher, freiheitsmörderischer Antrag dürfe nicht auf die lange Bank geschoben, er müsse vor den Augen und Ohren des Landes, dem man Gewalt antun wollte, alsbald gerichtet werden. Wie man es auch anstellen möge, es gebe in Frankreich nur einen Herrn, das Volk, und wer sich ihm auf der Bahn, die zu seinem Heile führe, entgegenstelle, werde unter seinen Füßen zermalmt werden. Aehnlich äußerte sich der Bonapartist Gazeaur, welcher bedauerte, daß die Regierung in hartnäckigem Schweigen verbarre. Nicht doch, entgegnete der neu Siegelbewahrer Thévenet, die Regierung habe keinen Grund, ihre Ansicht zu verbreitern. Sie meint, das dem Antrage zu Grunde liegende Prinzip könne erörtert werden ohne Eröffnung des allgemeinen Stimmrechts, und was die Dringlichkeits-Erklärung betrifft, so stelle sie dieselbe der Kammer anheim. Dagegen rätselte sie von der sofortigen Berathung ab, da der Wortlaut des Gesetzes noch nicht zur Verleistung gelangt ist und es gut wäre, wenn jedermann Gelegenheit hätte, zuerst davon Kenntnis zu nehmen. Bei der Berathung dürfte es sich dann herausstellen, daß Diejenigen, welche sich heute zu Beschützern des allgemeinen Stimmrechts aufzuwerfen, jener Partei angehören, die ehemals dem allgemeinen Stimmrecht Gewalt antaten und einen Theil ihrer Münzburger von dem Stimmrecht ausgeschlossen, indem man den Eid von ihnen verlangte. Ja, es sind dieselben, seiste nun der Abg. Pichon die Rede des Siegelbewahrers fort, welche durch achtzehn Jahre das allgemeine Stimmrecht bewundert und, nachdem sie die fremde Invasion über unser Land heraufschworen, in der Versammlung das allgemeine Stimmrecht von Neuem zu knechten suchten, dieselben, welche den Staatsstreich vom 24. Mai 1873 durchführten und den Staatsstreich vom 16. Mai 1877 versuchten, dieselben, welche damals meinten, mit einem Bataillon könne die Landes-Berathung gesprengt werden. (Rauschender Beifall.) Auf der anderen Seite wird die Demokratie die Männer der Freiheit sehen, welche sich dagegen auflehnen, an die Stelle der Republik eine Persönlichkeit setzen zu lassen, hinter der ich Sie alle (vor Rechten gewendet) mit Vergnügen schreien sehe; denn so wird es dem allgemeinen Stimmrechte leicht sein, die Seinen zu erkennen. (Austimmung links und im Centrum.) Der Redner lehnt die sofortige Berathung und auch die Dringlichkeits-Erklärung ab. Paul de Cassagnac nennt die Erinnerungen, welche Pichon der Kammer vorsührte, uralte Geschichten, die in die Rumpfammer gehören. Der Krieg, die Invasion — ebenfalls eine abgenutzte Leier! Die Republikaner sollten doch wohl wissen, daß Frankreich auf den Schlachtfeldern nur deshalb unterlag, weil sie den Generälen die nötigen Truppen versagten. Darum verdienen die Republikaner, die Totengräber Frankreichs genannt zu werden. Stimmen links: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Präf. Méline. Ich rufe Herren de Cassagnac nicht zur Ordnung, weil die Geschichte dies für mich thut. Cassagnac fährt fort, gegen die Republik loszuziehen, und will den Republikanern verbieten, noch von Freiheit zu sprechen. Sie sind nicht mehr die Vertreter des Volkes, er, Cassagnac, aber vertrete den Gebieter, das Volk, und er will an das Wort de Harlays erinnern: „Es ist betrübend, wenn der Diener den Herrn hinausstretet!“ (Beifall rechts, Lärm links.) Zur Abstimmung! Zur Abstimmung! Wie René Laffon, so verzichten auch seine Collegen, Le Héritier und Le Provost de Launay auf die Dringlichkeit, und der Gesetzentwurf der Herren René Laffon und Genossen, der erst zur Verleistung gelangt, wird an die Abtheilungen verwiesen.

B e l g i e n .

a. Brüssel, 27. Febr. [Wahns aus Afrika.] — Handelsnotiz. In Antwerpen hatte gestern die Wahl eines Senators und eines Deputirten stattgefunden. Da die Liberalen sich an dieser Wahl als aussichtslos nicht beteiligt, so wurden die beiden clericalen Candidaten, die Herren Della Faille und Van den Benden anstandslos gewählt. Beide neue Volksvertreter sind jeder Militärreform feindlich gesinnt und wollen keinerlei Militärbefreiung zustimmen. Das Bedeutsame an dieser Wahl ist, daß die belgischen Genußwähler bei allen zahlreichen Nachwahlen nur solche Männer in die Kammern wählen, welche von Heeresreformen nichts wissen wollen. Damit wird im Interesse der herrschenden Klassen jede Lösung der Militärfragen erschwert. — Vom Tanganjikasee her sind durch die englischen Missionäre neue Nachrichten nach England übermittelt worden, die aber nur zum Theile glaubwürdig sind. Darnach soll in Uganda eine neue Revolution stattgefunden haben, der König Kiwera ist gestürzt und ein Sohn des den Weißen wohlgesinnt gewesener Mtesa, Kalemia, als König eingefestzt worden. Sie berichten ferner, am Tanganjikasee verlaute bestimmt, in dem dem Araberhauptlinge Zippoo-Tipp zugehörigen Bezirke Nyangue sänden schreckliche Slavenjagden statt und Stanley im Bunde mit Zippoo-Tipp werben Leute an, um die nördlich von Nyangue ansässigen Völkerstaaten zu bekriegen. Ob in Nyangue, das nicht zum Tongogebiete gehört und weit von den Fällen entfernt ist, Slavenjagden stattfinden, ist schwer zu entscheiden. Dagegen steht

Nachdruck verboten.

Ein Besuch auf dem Leuchtturm.

Der Leuchtturm, von dessen Rampe ich mehr denn zwanzig Mal über die endlose Meeressfläche hinweggeschaut und mich der See in ihrem gewaltigen Getöse wie in ihrer überwältigend majestätischen Ruhe gefreut habe, ist an einsamer Stätte der holsteinischen Ostseeküste gelegen, auf einer ehemals dem Schiffer gefährlichen Landzunge, dort, wo der von Ruhland kommende Capitän den Curs von Südost nach Süden wendet, um in die Travemünde und in den Hafen der alten Hansestadt Lübeck einzulaufen. Schon der Blick über die endlose grüne Landschaft im Westen, das endlose Meer im Osten lohnt hinreichend die Mühe des Besteigens des der Sicherheit und Orientierung der Schiffer dienenden Bauwerks, aber mit dem Genuß paart sich obendrein die Belohnung, und wer die Einrichtung moderner Leuchttürme noch nicht kennen lernte, der wird doppelt zufrieden von der Höhe herabsteigen.

Über den Flur der mit dem Thurm selbst zu einem Körper verschwunnen Wärterwohnung führt uns der Beamte an die granitinen Stufen der schmalen, aber bequemen Wendeltreppe. Aus mächtigen Quadern sind die massiven Mauern konstruiert, und doch, wenn der Oststurm mit aller Gewalt an diese Quadern anprallt, dann schwankt selbst dieses starke Gemäuer und mit ihm zittern alle Geräthe und Apparate, so daß dem, der den Thurm zum ersten Male bei solchem Wetter besteigt, leicht etwas unheimlich zu Muthe wird. Rathsmann ist der Besuch überhaupt bei mäßiger Brise, zumal wenn man etwas von der Aussicht genießen will. Denn weht es nur einigermaßen scharf, so hält der Lai es auf der Galerie, die sich, in gleicher Höhe mit der Wachtstube drinnen, an der Außenwand des Thurmes herumzieht, so bequem sie auch eingerichtet ist, schlechterdings nicht lange aus. Und doch lohnt es sich der Mühe, einmal durch die von doppelten eisernen Thüren verwahrte Öffnung der Mauer hinauszutreten und, während der Wärter drinnen Lampe und Apparate ordnet, den Blick über die von der scheidenden Abendsonne beleuchtete baltische Küste gleiten zu lassen oder mit dem Fernrohr nach den grau verschwommenen Küstenlinien der dänischen Inseln zu suchen. Wer frei ist von Schwindel, darf auch von der Galerie aus auf schmaler eiserner Leiter außen am Thurm zu einer zweiten, freilich weit engeren Rampe emporsteigen, welche sich rings um die eigentliche Lampe hinzieht, und die der Wärter täglich zu erletern hat, um die Spiegel Scheiben zu rüben. Denn blitzblank muß dort oben alles sein. Be-

fest, daß — wie der Lieutenant Baert auf das Bestimmteste versichert — im ganzen Thalsgebiete Dank der Mitwirkung Zippoo-Tipps keinerlei Slavenjagd mehr stattfindet. Die Nachricht, daß Stanley und Zippoo-Tipp zu Kriegszügen Leute anwerben, ist unbegründet, da wir jetzt wissen, daß Zippoo-Tipp gar nicht mit Stanley mitgezogen ist. Im Gegenteile glaubt man hier, daß Stanley bereits aus der Rückkehr nach der Ostküste Afrikas begriffen ist, obwohl in Wahrheit Niemand ernsthaft weiß, welches Schicksal Emin Bey und Stanley beschieden gewesen ist. — Die Kunde, daß Hauptmann Wihmann in Ostafrika Brieftaubenstationen errichten will, findet hier um so mehr Interesse, als ein ähnlicher Versuch am Congo gescheitert ist. Die zahllosen Raubvögel wie die großen Transport schwierigkeiten, welche auf den wochenlangen Fußmarschen für den Taubentransport entstanden sind, haben die Verwendung von Brieftauben verhindert. Da aber diese Versuche nicht planmäßig ausgeführt worden sind, so ist noch nicht festgestellt, ob nicht der Brieftaudienst auch am Congo möglich ist. — Nach dem Handelsbrechte des Großherzogthums Luxemburg können nur diejenigen ausländischen Gesellschaften den Rechtsweg betreten, deren Statuten die Genehmigung des Königs-Großherzogs gefunden haben. Der oberste Luxemburgische Gerichtshof hat jetzt endgültig dahin entschieden, daß alle deutschen Gesellschaften in Folge der mit Deutschland abgeschlossenen Handels- und Zollverträge dieser Genehmigung nicht bedürfen, sondern ohne Weiteres den Rechtsweg betreten können.

G r o ß b r i t a n n i e n .

London, 28. Febr. [Das Geständniß,] welches Pigott in Gegenwart Labouchères und des Journalisten und Mitarbeiters des „Daily Telegraph“, Mr. George Augustus Sala ablegte, beginnt wie folgt:

„Ich, Richard Pigott, wünsche eine Erklärung vor Mr. Labouchère und Mr. Sala abzugeben und ich gebe dieselbe aus freien Stücken ohne pecunäre Bewegungsgründe ab. Mein Zweck ist, Ungenauigkeiten in meinen Aussagen für die „Times“ zu berichtigten und die mit der Veröffentlichung des Facsimile-Briefes in der „Times“ und der übrigen von der „Times“ als Beweisthüte vorgelegten Briefe Parnells, Egans, Davitts und O'Kellys verknüpften Umstände völlig zu entfüllen.“ Dann folgen die Berichtigungen. Mit Bezug auf die Briefe sagt Pigott: „Meine vor Gericht gemachten Angaben über die mit der Erlangung der Briefe verknüpften Umstände sind nicht wahr. Niemand außer ich selber war an der Transaction beteiligt. Ich sagte Houston, ich hätte die Briefe in Paris erlangt; ich bedauere jedoch gestehen zu müssen, daß ich dieselben selber anfertigte, wobei ich echte Briefe Parnells und Egans zur Copirung gewisser Worte, Phrasen und der allgemeinen Natur der Handschrift benutzte. Ich bildete einige Worte und Phrasen nach, indem ich die echten Briefe gegen das Fenster hielt und das Blatt, auf welchem ich schrieb, darüber legte. Diese echten Briefe waren die Briefe von Mr. Parnell, von denen Abschriften im Gerichtshof verlesen worden sind, sowie vier oder fünf Briefe von Mr. Egan, welche ebenfalls im Gerichtshof verlesen wurden. Ich vernichtete diese Briefe, nachdem ich sie benutzt hatte. Einige der Unterschriften wurden in dieser Weise nachgebildet und einige schrieb ich. Ich schrieb alsdann an Houston, ihn auffordernd, nach Paris zu kommen, um die Documente in Empfang zu nehmen. Ich sagte ihm, ich hätte sie mit einigen alten Belegen, Concepthen und alten Zeitungen in einen schwarzen Beutel gelegt. Nach seiner Ankunft legte ich ihm die Briefe, Belege und Concepthen vor. Nach sehr kurzer Prüfung überreichte er mir eine Zahlungsanweisung auf Cook für 500 Pfund Sterling, der Preis, den, wie ich ihm sagte, ich zu zahlen stipulierte hatte. Gleichzeitig gab er mir 105 Pfund Sterling in Banknoten als meine eigene Commission. Die Belege waren Blätter aus einem mir gehörigen alten Kassabuch gerissen und sie enthielten Einzelheiten über die Herausgabe von dem mir von Zeit zu Zeit anvertrauten Feniergelde, hauptsächlich in der Handschrift meines Kassiers David Murphy. Die Concepthen fand ich in einem alten Schreibpulte. Ich kann mich nicht erinnern, wessen Handschrift sie trugen. Die zweite Serie von Briefen wurde ebenfalls von mir geschrieben. Mr. Parnells Unterschrift wurde von dem in der „Times“ veröffentlichten Facsimile-Briefe nachgeahmt. Ich kann mich nicht erinnern, woher ich den Egan'schen Brief erhielt, von welchem ich die Unterschrift copierte. Ich hatte keine Proben von Campbells Handschrift außer den zwei Briefen Mr. Parnells an ihn (Egan), die, wie ich mutmaße, in Mr. Campbells Handschrift sein dürften. Ich schrieb an Mr. Houston, daß diese zweite Serie feilgeboten werden würde, wohin sie von Amerika gebracht werden sei. Er verlangte die Briefe zu sehen. Ich sandte sie ihm und nach drei oder vier Tagen sandte er mir eine Anweisung auf Cook für den von mir geforderten Preis — 550 Pf. Sterl. Die dritte Serie bestand aus einem Briefe, der von mir nachgeahmt worden von einem mit Bleistift geschriebenen Briefe Mr. Davitt's an mich, als er im Gefängnis war, sowie aus einem anderen Briefe, sehr alten Datums, den ich von James O'Kelly empfing, als er für meine Zeitung schrieb, und aus einem dritten, Egan zugeschriebenen Briefe, dessen Handschrift, sowie einige Worte, ich von einem alten Wechsel in Mr. Egans Handschrift copierte. Dieser dritte Brief ist der sogenannte „Päderei-Brief“. 200 Pf. Sterl. war der mir von Houston für diese drei gezahlte Preis, und es wurde derselbe in Bank-

noten gezahlt. . . Ich sah Breslin nicht in Amerika. Dies war ein Theil der Täuschung. Es war zwischen Houston und mir gegenseitig verabredet worden, daß mein Name nicht genannt werden sollte, und ich sollte nicht seinen Namen erwähnen. . . Was meine Unterredungen mit Mr. Parnell, Mr. Lewis und Mr. Labouchère betrifft, so sind meine eislich abgegebenen Aussagen in der Hauptache richtig. Ich bin jedoch jetzt der Meinung, daß mir Mr. Labouchère die 1000 Pf. Sterl. für irgend welche Documente in Egans oder Parnells Handschrift, die ich noch haben könnte, anbot und nicht, um dafür Aussagen zu machen. . . Ich erklärte, daß ich alle Briefe Houstons an mich vernichtet hätte, das ist nicht richtig; ich besitze noch einige. Ich erkläre, daß diese Erklärung von mir Mr. Labouchère in der Gegenwart Mr. Salas in die Feder dictirt wurde. (Gezeichnet) Richard Pigott. (Seuge) George A. Sala. 23. Febr. 1889.“

London, 28. Febr. [Ein geheimnisvoller Mord] beschäftigt gegenwärtig die Aufmerksamkeit der Polizei in Manchester. Am Dienstag Abend zwischen 9 und 10 Uhr entdeckte ein Droschkenfahrer, der als Fahrgäste einen älteren Herrn und einen jungen Mann hatte, daß die Thür seines Wagens offen stehe. Er stieg ab und fand, daß der junge Fahrgast verschwunden war, während der ältere in besinnungslosem Zustande im Wagen lag. Die Polizei wurde von dem Vorfall verständigt und der Besinnungslosen nach dem nächsten Krautbaude geschafft, wo man fand, daß er tot war. Da mit Ausnahme seines Chequebuchs seine Taschen leer waren, wird angenommen, daß er zuerst durch Chloroform oder Aether betäubt und dann beraubt wurde. Die Polizei fahndet auf den jungen Mann. In dem Verstorbenen, einem Mann im Alter zwischen 50 und 60 Jahren, wurde der Papierfabrikant und Grafschaftsrath John Fletcher aus Stoneleigh, unweit Manchester erkannt. Uhr und Ketten des Verstorbenen im Werthe von 100 Pf. Sterl. werden vermisst.

Unter den Actionären der „Times“ ist große Bestürzung eingetreten. Ein Circular meldet ihnen, daß in Folge der gewaltigen Unzufriedenheit der Parnell-Commission das Cityblatt keine Dividende zahlen wird. Alljährlich wird eine bedeutende Summe (50000 Pfund Sterl.) für gerichtliche Ausgaben bei Seite gelegt. Allein der schwedende Prozeß hat nicht nur diese Summe, sondern auch weitere 60000 Pfund Sterling verschlungen und die Actionäre, die nicht ausschließlich der conservativen Partei angehören, sind nicht patriotisch genug, den Verlust der Dividenden ohne Weiteres zu verwinden. Auf Seite der Parnelliten sind die Ausgaben weit geringer. Sir Charles Russell, der erste Advocat, bezahlt 1000 Pfund Sterling (20000 M.) pro Woche; außer ihm sind noch zwei Advocaten bezahlt.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 1. März.

Im Verlaufe seiner Vorlesung über anorganische Chemie nahm Herr Geh. Rath Professor Dr. Rammelsberg in Berlin am 22. Februar bei Besprechung des Arsen's Gelegenheit, sich über den Fall Speichert zu äußern. Nachdem wir in Nr. 100 der „Bresl. Zeit.“ bereits das Gutachten des Geheimraths Prof. Otto (Braunschweig) über diesen seltsamen Fall mitgetheilt haben, glauben wir die gleichlautenden Erklärungen Rammelsbergs nicht übergehen zu sollen. Die „Pharmaceutische Zeitung“ berichtet über dieselben folgendermaßen: „Er wollte — so sagte Rammelsberg — hiermit ausdrücklich dem Gericht entgegentreten, daß die beiden Sachverständigen Hofmann und Rammelsberg sich über ihr Gutachten nicht einigen könnten. Vielmehr liege die Sache so, daß er (Rammelsberg) damals längere Zeit schwer erkrankt darunter gelegen habe und leider nicht in der Lage gewesen sei, sich an der Untersuchung zu betheiligen. Lediglich aus diesem Grunde habe Prof. Hofmann die Untersuchung allein durchgeführt. Derselbe habe ihm später das von ihm abgegebene Gutachten vorgelegt; er (Rammelsberg) habe Kenntnis davon genommen, es aber nicht mitunterschreiben können, weil er eben nicht mitgearbeitet habe. Über das Hofmann'sche Gutachten könne er nur erklären, daß die Knochen der Leiche Spuren von Arsen enthielten, daß aber auch das Holz des Sarges, die Kleiderreste und die Kirchhofserde arsenhaltig gewesen seien, ja, daß sein College sogar in einem seidenen Kleide von Frau Geheimrath von Hofmann Arsen gefunden habe. Er selbst sei mit der Mehrzahl der forensischen Chemiker der Überzeugung, daß an Speichert ein — Unrecht begangen sei.“ In Wahrheit drückte sich Rammelsberg noch schärfer aus; wir nehmen aber Anstand, daß von ihm angeblich gebrauchte Wort hier zu wiederholen.

* Vom Operntheater. Am Sonntag Nachmittag wird bei ermäßigten Preisen „Die Familie Knickerbocker“ gegeben. Morgen, Sonnabend, geht neu einstudiert die Operette „Panon“ in Szene. Das erste Gastspiel der Frau Niemann-Raabe soll am nächsten Mittwoch stattfinden.

-d. Stadtrath-Jubiläum. Am Dienstag feierte Stadtrath von Korn sein 25jähriges Jubiläum als Stadtrath. Der Magistrat hatte den Stuhl, welchen der Jubilar in der Sitzung des Magistrats eingenommen, bekränzt und ein prachtvolles Blumenbouquet vor dem Thale des Jubilars aufstellen lassen. Der Oberbürgermeister gedachte des Ehrentages in einer warm empfundenen Ansprache.

d. h. sie ist so geschlossen, daß, während sie von einem bestimmten Punkte des Meeres aus gesehen, infolge der Drehung des Prismas für das beobachtende Auge den leuchtenden Körper passirt, sie einmal sämtliche Strahlen sammelt, und zwar bei unserer Lampe, wie wir von dem Wärter erfahren, auf die Dauer einer Secunde. Da die Umdrehung des Prismas eine Minute währt, das Prismata aber aus zwölf Linsenscheiben zusammengesetzt ist, so haben wir in einer Minute auch zwölf Blicke oder in je fünf Secunden einen solchen. Zwischen je zwei Blicken werden die Strahlen durch die Linsen zerstreut, d. h. das Licht wird bei weiteren Entfernungen überhaupt unsichtbar, und zwar jedesmal auf vier Secunden. Wo an stark belebten Küsten, sonderlich in der Nähe von Hafenbuchten, mehrere Leuchttürme von Nöten sind, vermag der Schiffer, der bei Nebel und dunklem Wetter über die Stärke des ausgestrahlten Lichts kein Urtheil hat, an dem auf jedem Thurm verschiedene Wechsel und der Dauer der Blitze und dunklen Intervalle genau festzustellen, welchen Leuchtturm er vor sich hat. Den Chronometer vor Augen, braucht er blos zu zählen und mit den Angaben seiner Navigationsbücher zu vergleichen, so vermag er das Feuer richtig zu „peilen“.

Der praktische Nutzen der Leuchttürme ist noch ein weiterer. Verfinden wir uns in der Nähe unseres Thurms, so bemerken wir kaum einen Wechsel in der Lichtstärke; unsichtbar wird das Licht überhaupt nicht. Wir begreifen garnicht, daß der allabendlich von hier aus geschaut, viele Meilen entfernte Leuchtturm drüben an der mecklenburgischen Küste, natürlich bis auf die Zahl und Dauer der Blitze, genau so konstruit ist wie der unsrige, denn dort unterscheiden wir deutlich das Erscheinen und Verschwinden des Lichts. Und doch ist es so. Die optische Wirkung der Strahlensammlung und Strahlentstreuung tritt eben erst auf größere Entfernungen hervor und ist, was Präzision in den Unterschieden der Lichteffekte betrifft, sogar auf eine ganz bestimmte Entfernung berechnet; so liegt bei unserem Apparate der Brennpunkt vier Seemeilen hinaus. Diese Berechnungen aber richten sich nach der Sicherheit und Gunst des Fahrwassers. Sieht der Leuchtturm sich nähernde Schiffer den einzelnen Blick z. B. länger als eine Secunde, grenzt sich seinem Auge das eine Secunde lange Licht von der vier Secunden währenden Pause nicht mehr scharf genug ab, so ist das ein Zeichen, daß er sich der gefährlichen Küste zu sehr nähert; er muß also anderen Curs nehmen. Auf diese Weise zeigen ihm die Leuchttürme auch das zu benutzende Fahrwasser. Alles dies sagt uns der mit seinem Apparate genau vertraute Wärter auseinander. In jedem Winkel der Laterne, in welchen von

Übersicht über die Witterung im Monat Februar 1889.

Die mittlere Temperatur betrug	- 2°,15 C.
war also niedriger als im Durchschnitt	0,93 =
die höchste Temperatur am 2. betrug	+ 9,7 =
die niedrigste am 13.	- 12,1 =
Der mittlere Barometerstand für 0° (in 147 Meter Höhe über der Ostsee) betrug.....	740,18 mm,
war also niedriger als im Durchschnitt	9,21 =
der höchste Barometerstand am 18. betrug	756,2 =
der niedrigste am 9.	721,7 =
Die Niederschläge erreichten eine Höhe von.....	48,10 =
also mehr als im Durchschnitt.....	18,73 =
die größte Niederschlagsmenge innerhalb 24 Stdn. fiel am 1., sie betrug	10,00 =

Ein ausnehmend tiefer Barometerstand kennzeichnet diesen Monat; seit vielen Jahren hat das Barometer nicht so tief gestanden, wie am 9. Februar, und ebenso ist die Abweichung vom vieljährigen Mittel (9 mm unter normal) eine so große, wie sie nur äußerst selten vorkommt. Im Gegensatz zu diesem niedrigen Luftdruck blieb die Temperatur, obwohl die ersten Tage des Monats einen großen Wärmeüberschuss hatten, im Mittel doch noch 1° unter normal; es wurden 12 Eisstage (Maximum unter 0) und 25 Frosttage (Minimum unter 0) gezählt. Die Feuchtigkeit der Luft und die Himmelsbedeckung waren fast ganz normal, während die Höhe der Niederschläge, meist Schnee, an 25 Tagen den normalen Werth um mehr als die Hälfte überstieg. Heitere Tage (im Durchschnitt unter 2, wobei die Himmelsbedeckung von 0 bis 10 gezählt wird) wurden garnicht beobachtet, trübe (im Durchschnitt Bedeckung über 8) wurden 16 gezählt, Sturmtage (Windstärke 4 und darüber) waren 2 zu verzeichnen. Von den Winden waren die West- und Nordwest-Winde bei weitem vorherrschend, während im Gegensatz zum vorigen Monat die Ost- und Südwestwinde sehr zurücktraten.

Übersicht über die Himmelserscheinungen im Monat März. Venus nimmt noch mehr an Helligkeit zu, bis sie am 22. ihren größten Glanz erreicht; zur Zeit erscheint in guten Fernrohren ihre Scheibe zur Hälfte erleuchtet, gegen Ende des Monats ist nur noch eine schwache Sichel zu sehen, die aber scheinbar zu einem immer größeren Kreise gehört, da die Venus sich der Erde nähert und deshalb von Tag zu Tag größer erscheint; sie geht während des ganzen Monats erst nach 10 Uhr Abends unter, ist also sehr bequem zu beobachten. Mars ist nicht mehr gut zu beobachten, da er bei Eintritt der Dämmerung schon sehr tief steht. Dagegen kommt Jupiter als Morgenstern mehr und mehr aus den Sonnenstrahlen heraus; er steht im Sternbild des Schützen, sein Aufgang erfolgt in der Zeit von 4 Uhr (Anfang des Monats) bis 2 Uhr Morgens (Ende des Monats). Saturn ist immer noch während der ganzen Nacht sichtbar. Neumond findet am 1. und 31., Vollmond am 17. statt. Mit dem Übergang der Sonne aus der südlichen in die nördliche Halbkugel am 20. März beginnt der astronomische Frühling.

H. Vorschubverein. Die gestern Abend im Saale des Hotels zum blauen Hirsch abgehaltene Generalversammlung des Vereins wurde von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrathes, Expeditions-Vorsteher Melcher, mit einigen Mittheilungen eröffnet. Das Andenken des seit der letzten Generalversammlung verstorbene langjährigen Mitgliedes des Verwaltungsrathes, Paul Schneider, ehrt die Versammlung durch Erheben von den Plätzen. An dessen Stelle ist vom Verwaltungsrathe der Gelbgiehemeister Mr. Büscher cooptirt worden, welche Wahl von der Generalversammlung bestätigt wird. Aus dem derselben gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht für das Verwaltungsjahr 1888 haben wir das Wesentlichste bereits mitgetheilt. Von einer Verlelung derselben wird Abstand genommen. Nachdem sodann seitens des Schriftführers, königl. Werkmeisters H. Frost, die bezüglichen Revisionsprotokolle vorgelesen worden sind, wird die Entlastung des Vorstandes ausgesprochen. Mit den von den Verwaltungsrathen gemachten Vorschlägen, betreffend die Gewinnvertheilung, erklärt sich die Generalversammlung durchweg ohne Dissonanz einverstanden; demnach kommt eine Dividende von 5½ pGt. zur Vertheilung. Die Auszahlung derselben erfolgt vom 4. d. Mts. ab im Kassenlokal. Bezuglich des Maximal-Zinsfusses erklärt sich die Generalversammlung mit dem Antrage der Vorstände einverstanden, daß derselbe wie bisher auf 6 pGt. bei neuen Darlehen, auf 7½ pGt. bei Prolongationen bemessen wird. Die Wahl der Deputirten zum schlesischen Unterverbands- und allgemeinen deutschen Vereinstage wird dem Vorstande und Verwaltungsrath überlassen. Bei der Neuwahl von 8 Mitgliedern für den Verwaltungsrath werden die bisherigen Mitglieder M. Büscher, H. Casperke, S. Friedeberg, F. Großkopf, F. Kolbe, C. Stade, Ad. Wackernagel und A. Wolff wiedergewählt.

△ Schlesischer Provinzial-Verein des allgemeinen deutschen Jagdschuh-Vereins. Heute Nachmittag fand im Saale der Hansen'schen Weinhandlung die diesjährige Hauptversammlung des Vereins statt, die

sehr zahlreich besucht war. Erbprinz Victor von Ratibor eröffnete die Sitzung kurz nach 3 Uhr mit dem Hinweis, daß nunmehr zehn Jahre verflossen seien, daß der Verein als solcher sich constituiert habe. Damals bei Gründung des Vereins im Jahre 1879 betrug die Mitgliederzahl 303, die Zahl der zur Vertheilung gelangten Prämien belief sich auf 42 mit einem Geldbetrag von 807 Mark. Seit dieser Zeit hat der Verein ein stetiges Wachsthum zu verzeichnen: im Jahre 1888 bezifferte sich die Mitgliederzahl auf 874, so daß der schlesische Verein der stärkste Landesverein von Deutschland ist. Ferner 13 Ehrendiplome und 13 Ehrengeschenke im Geldwerthe von 281 Mark und 98 Goldprämiten im Betrage von 1788 M. vertheilt. Während des zehnjährigen Bestehens des Vereins gelangten im Ganzen 21307 M. zur Vertheilung, ferner wurden 31 Ehrendiplome, 182 Ehrengeschenke und 984 Goldprämiten im Betrage von 17066 Mark verliehen. Die sodann vorgelegte Rechnung des Provinzial-Vorstandes weist eine Einnahme von 7203 M. und eine Ausgabe von 2079 Mark auf, so daß ein Bestand von 4524 M. verbleibt. Der Betrag der im Jahre 1888 vertheilten Prämien belief sich auf 1713 M., wovon 685 Mark an 52 Gendarmen überwiezen wurden. Der nächste Gegenstand der Tagesordnung betraf die Neuwahl des Provinzial-Vorstandes. Dr. von Mauburge sprach dem bisherigen Präsidenten Ramens der Versammlung den Dank für seine Mühselwaltung aus und brachte ein dreifaches „Waldmanns Heil“ auf denselben aus. Der aus dem Erbprinzen Victor von Ratibor und dem Grafen Dohna bestehende Provinzialvorstand wurde hiernächst einstimmig durch Zuruf wiedergewählt. Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß sich der Provinzial-Verein an der in diesem Jahre in Kassel stattfindenden Jagdfischerei- und Sport-Ausstellung durch eine Collectiv-Ausstellung zu beteiligen gedenke, um durch dieselbe dem Jagdwesen Schlesiens eine würdige Vertretung zu geben. Soweit sich übersehen lasse, werden etwa 50 Hirschgewebe, 80 Rehbockgewebe und verschiedene ausgestopfte Thiere, sowie ein umfassendes statistisches Material auf die Ausstellung geschickt werden können. Der Vorschlag fand die Billigung der Versammlung; zur Ausführung der Angelegenheit wurde ein unter dem Vorsitz des Provinzial-Vereins-Präsidenten stehendes Comité, bestehend aus den Herren v. Jawadzki, Grafen Saurma-Jeltsch und Regierungs-Rath v. Wallenberg, gewählt. Einige Anmeldungen aus Schlesiens für die Ausstellung sollen bis zum 8. März c. an den Erbprinzen von Ratibor auf Rauden O.S. erfolgen. Demnächst bewilligte die Versammlung auf Vorschlag des Vorsitzenden der Wilhelm-Stiftung in Gr. Schönebeck, Regierungsbüro Potsdam, eine einmalige Unterstützung von 500 Mark. Graf Rothfisch-Trach hatte einen die Geschäftsauftrag des Vereins betreffenden Antrag eingebracht, dem die Versammlung zustimmte. Der von dem Grafen Schmettau gestellte Antrag, darauf hinzuwirken, „daß in den königlichen Forsten die Brut der Schildkröten gefördert und mehr wie bis jetzt für den Abschluß gesorgt werde“, wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Zum Schlus machte der Vorsitzende noch einige Mittheilungen über eine Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen. Hiermit war die Sitzung beendet.

○ Wollenhain, 28. Febr. [Herabsetzung der Kirchensteuer.] — Concert. — Besitzwechsel. In der kürzlich abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung der kirchlichen Körperschaften wurde der Satz der bißigen evangelischen Kirchfeste mit 4080 M. in Einnahme und Ausgabe für die nächsten drei Jahre festgestellt. Ebenso wurde die Kirchensteuer, welche bis dato mit ca. 1500 M. pro anno erhoben worden war, jetzt nach völiger Tilgung sämtlicher Kirchbauschulden auf 570 M. herabgesetzt. — Am vorigen Sonntag Abend veranstaltete der hiesige Männer-Gefangenverein der Freunde unter Leitung seines Dirigenten, Lehrers Giesmann, im Börschen Saale ein ebenso wohlgelungenes, als zahlreich besuchtes Gesangsconcert. — Das bisherige Schmidt'sche Dampfsägemwerk in Groß-Waltersdorf ist in diesen Tagen durch Verkauf in den Besitz des Zimmermeisters Niedel übergegangen.

○ Waldenburg, 28. Febr. [Vorschubverein.] Der Rechenschaftsbericht des hiesigen Vorschubvereins (eingetragene Genossenschaft) pro 1888 weist 1569 Mitglieder nach. Das Mitgliederguthaben betrug am Schluß des genannten Jahres 385 561 M., der Haupt-Reservefonds 100 000 M., der Special-Reservefonds 10 044 M., die Effecten beliefen sich nom. auf 245 700 M., im Courserwerb auf 261 143 M., die Spar-einlagen auf 1 991 023 M. Die aus dem Vorjahr übertragenen Vorschüsse betragen 999 177 M., die neu gewährten und gestundeten Vorschüsse 3 867 752 M., die aus dem Vorjahr übertragenen discontirten Wechsel 378 436 M., die neu discontirten Wechsel 1 664 257 M., Contocurrent-Verkehr 2 615 022 M. Die Bilanz in 1888 schließt ab mit 2 546 109 M. Von dem 40 494 M. betragenden Reingewinn erhalten die Mitglieder aus ihr Guthaben 5 pGt. Vordringende, Vorstand und Aufsichtsrath 15 pGt. Tantum, so daß 18 905 M. zur Vertheilung verbleiben. Hiervon werden für die Mitglieder 4 pGt. Superdividende (also überhaupt 9 pGt.) bewilligt, ferner 2 pGt. Abschreibung auf Grundstückconto, 160 M. Verbandsbeiträge, 200 M. den Über schwemmt, 106 M. den Diakonissen und grauen Schwestern, 100 M. zur allgemeinen Pensionsklasse und 2439 Mark dem Special-Reservefonds.

○ Herzogswalde, Kreis Grottkau, 26. Febr. [Drainage-Genossenschaft.] Beaufs. Zusammentritt hiesiger Rustical-Besitzer zu einer Drainage-Genossenschaft fand vor einigen Tagen hier eine Versammlung statt, in welcher der Culturtechniker Herr Fochmann aus Brieg über die Vortheile der Trockenlegung des Bodens einen Vortrag hielt. Derselbe wurde sodann mit der Anfertigung eines speziellen Projects hierzu beauftragt. Das bezügliche Areal der zu bildenden Genossenschaft beläuft sich auf ungefähr 1300 Morgen.

dem leuchtenden Körper Strahlen fallen, namentlich aber unter der Kuppel, befindet sich nun obendrein ein ganzes System von Prismen, alle so konstruit, daß sie die aufgespannten Lichtstrahlen den Linsen zuführen und dadurch die Leuchtkraft der Lampe verstärken. Daß die Lampe selbst, sowie jedes Glassstück auf das Peinlichste sauber gehalten wird, versteht sich von selbst, desgleichen sorgt ein in der Laterne angebrachter Controlapparat für das Vorhandensein einer gleichmäßigen Menge, ein Filter für die Reinheit des an sich schon der besten Qualität angehörigen Brennmaterials. Wie bereits bemerkt, sind die Fenster der großen, ganz aus Eisen und Glas konstruirten Laterne tadellos. Spiegelcheiben, auf der Außenseite durch Drahtvergitterung geschützt, namentlich gegen den Anfang größerer Zugvögel, denen unsere Leuchttürme bekanntlich höchst gefährlich sind. Zur Zugzeit liegen nach dunklen Nächten oft Hunderte von allen Arten Enten, Regenpfeifern, Schnepfen und vergleichen auf der Galerie und am Fuße des Thurnes, dem Wärter eine willkommene Beute. Von kleineren, namentlich Singvögeln, hingegen dringt oft eine Menge durch die Ventilation in die innere Laterne, so daß der Wärter genug zu thun hat, sie wegzusangen.

Wir klettern in die Wachstube zurück. Unmittelbar am Fuße der leiterartigen Treppe steht eine mäßig gepolsterte Pritsche, auf welcher die Lucke den Leuchtapparat steckt, der wachhabende Beamte durch des runden Raumes sieht das gleich einer Thurmuhrr durch Gewichte Gewichte hängen an Seilen über Rollen in einem von der Sohle des Thurnes bis unter den Boden der Wachstube aufgemauerten Zylinder, dessen Mauern zugleich die Innenwand des Wendeltreppenhauses bilden. Während der kurzen Sommernächte bedarf es eines erneuten Aufwindens der Gewichte nicht, die beiden Wärter lösen sich eine um die andere Nacht ab. Im Winter hingegen reicht die Höhe des Thurnes und also auch die Länge der Seile nicht aus; um die Gegenwart beider Beamten erhebt. Denn da der Apparat exklusiver Weise keinen Augenblick stillstehen darf, so muß der eine Wärter mit den Händen die Maschine in Bewegung erhalten, während der andere das Werk aufzieht. Zur Winterzeit lösen sich daher die beiden Beamten von Mitternacht zu Mitternacht ab.

Es ist klar, daß bei Blickfeuern jede Unregelmäßigkeit im Gange des Apparates den Seefahrer in verhängnisvolle Täuschungen verfallen lassen kann. Daher wird die Maschine jeden Abend regulirt

und, wie bereits gesagt, eine Stunde vor der nach der Jahreszeit festgesetzten Leuchtzzeit in Bewegung gesetzt; die Lampe wird angezündet und alles mit der Uhr in der Hand genau beobachtet, so daß der Apparat nach Hinwegnahme des Schleiers jeder Anforderung entspricht. Die wichtigste Betriebsstörung wird zur Winterszeit durch Verdickung des Oels herbeigeführt, doch kommen auch andere kleine Unregelmäßigkeiten, daß Springen der Lampencylinder und dergleichen nicht selten vor.

Wie wir gehen, läßt der Wärter uns noch einen Blick in sein Journal werfen, aus welchem wir, abgesehen von den regelmäßigen Rapporten über Wind und Wetter und andere kleine Vorkommnisse, ersehen, in welch einfacher Weise die Controle über den Leuchtfieberdienst an unseren Küsten geführt wird. Jeder Wärter hat nämlich zu verschiedenen Nachzeiten eins der sichtbaren Feuerzeichen, bald das eine, bald das andere zu beobachten und wird ebenfalls beobachtet, ohne zu ahnen, von welchem Thurm aus und zu welcher Zeit. Aus den in das Journal eingetragenen Ergebnissen dieser Beobachtungen erkennt die revidirende Behörde jede vorgefallene Unregelmäßigkeit.

G. H.

○ Reichenbach, 1. März. [Bon der Garnison. — Wichtige Entscheidung.] Die Hoffnung, bauernd die Garnison hier zu behalten, wird eine immer geringere. Die General-Intendantur des VI. Armeecorps hat eine an sie gerichtete Anfrage dahin beantwortet, daß es ratsam sei, von dem projectirten Bau einer Kaserne abzusehen. — Die königliche Regierung hat gefordert, daß die gefahrlosen Gefangennahmen von Unrat in der an der Stadt vorüberfließenden Peile bestätigt und für später verhindert werde, und beauftragte die hiesige Polizei-verwaltung, die nötigen Maßnahmen zu treffen. Die Polizei-verwaltung forderte demzufolge einen hiesigen Müllermeister, durch dessen Werk sich die Peile staut, auf, die Peile zu reinigen oder das Werk zu kassieren. Der Müller erhob hiergegen Widerpruch. Am Montag stand in dieler Angelegenheit vor dem Kreisausschuß Termin an, in welchem der Bezugungsläger durch seinen Mandator, Rechtsanwalt Gregor-Schweidnitz, die Verpflichtung zum Reinigen bestritt und es für richtig erachtete, wenn die Flusspolizei dafür sorgte, daß dem Wasser durch die Stadt Reichenbach und die Gangbielauer Fabriken, keine Unreinigkeiten mehr zugeführt würden. Der Kreisausschuß hob die polizeiliche Verfügung auf, doch wird die Polizei-verwaltung Berufung einlegen.

○ Döls, 1. März. [Radreisenprung.] In Folge der herrschenden Kälte war gestern bei dem Abendpersonenzug, welcher von Schoppinitz nach Breslau fährt, kurz vor dem Bahnhof Noldau an der mittleren Tendrade die Bugmaschine ein Radreisen losgesprungen. Glücklicherweise kamen die im Buge befindlichen Reisenden mit dem bloßen Schreden davon, denn ein Unfall ist deshalb nicht eingetreten, weil es die mittlere Achse war und der Zug schon langsam in die Station einfuhr. Durch die Bestellung einer Hilfsmaschine bei der nächsten Reservestation erlitt der Zug eine Verzögerung von über eine Stunde. Um wenigstens die hiesigen und die von Jarotschin und Kempen hier angelkommenen und nach Breslau reisenden Passagiere ihrer Befestigung zeitiger zuzuführen und den in der Richtung nach Berlin Reisenden den Anschluß in Mockern abzufangen, wurde von hier aus ein Vorzug nach Breslau bzw. Mockern abgefahren. Der darauf folgende fahrlässige Zug passierte unsere Station mit noch über eine Stunde Verzögerung.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Substaations-Kalender

für den Zeitraum vom 4. bis 15. März 1889.

Dienstags- Vermittlungs- Zeit-	Bezeichnung des Gerichts.	Bezeichnung des Grundstücks.	Der Grundstücke			
			Größe	Richtung Bew.- Werth.	Reit- critag.	
Uhr		ha a gm	ft	ft	ft	
4. 9	Münsterberg.	Neuallmannsdorf, Bd. I, Bl. 27.	—	720	60	—
7. 9	Ohlau.	Beckern, Bd. IV, Bl. 131, Art. 132.	19642	90	35,94	
7. 9½	Habel- schwördt.	Alt-Weistrok, Bd. II, Bl. 19.	105210	90	250,17	
8. 10	Breslau.	Breslau, Ohlauer Vorstadt, Bd. 4, Bl. 65, Bl. 407.	—	1350	—	
13. 10	Breslau.	Steine, Bd. II, Bl. 6/16.	1108922	360	1131,30	
13. 10	Feistenberg.	Goschütz, Bd. V, Bl. 177.	6560	255	—	
14. 9	Ohlau.	Märzdorf, Bd. I, Bl. 1, Art. 1.	6252	222	50,61	
15. 10	Waldburg.	Weissestein, Bd. II, Bl. 205.	4960	360	10,14	
		Neg.-Bez. Liegnitz.				
4. 10	Golberg.	Golberg, Bd. III, Bl. 110.	2940	1094	6,90	
7. 10	Freystadt.	Haideau, Bd. I, Bl. 37.	26730	45	33,84	
8. 9	Löwenberg.	Seitendorf, Bd. II, Bl. 77.	117390	50	114,60	
9. 10	Grünberg.	Grünberg, Weingarten, Bd. I, Bl. 546m.	2990	65	—	
11. 1						

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Landtag.

* Berlin, 1. März. Im Abgeordnetenhaus kam heute der Gesetzesentwurf wegen weiterer Erleichterung der Volkschullasten zur zweiten Beratung. Die Commissionsbeschlüsse weichen erheblich von der Regierungsvorlage ab. Nach dem Gesetz von 1888 soll der Staat für die ersten und alleinstehenden Lehrer 400 M., für die anderen ordentlichen Lehrer 200 M., für die Lehrerinnen 150 und für die Hilfslehrkräfte 100 M. Staatsbeitrag zahlen. Die Vorlage schlug eine Erhöhung der ersten beiden Sätze auf 500 bzw. 300 M. vor. Dabei wäre also die Bevorzugung der Schulen mit einem Lehrer, d. h. der ländlichen, bestehen geblieben, wenn auch eine kleine Besserung der Staatsbeiträge für die zweiten Lehrer darin enthalten ist. Die Commission hat diese Verbesserung noch verstärkt, indem sie den Staatsbeitrag für den ersten Lehrer auf 450 M., den für alle anderen ordentlichen Lehrer auf 350 M. und den für die Lehrerinnen auf 250 Mark festgesetzt. Gegen diesen Beschluss trat heute sofort der Finanzminister bei der Beratung auf, indem er die Sache so darstellte, als wenn im vorigen Jahre alle Factoren der Gesetzesgebung darin einverstanden gewesen wären, daß eine solche Bevorzugung der einklassigen Schulen stattfinden sollte, während das Abgeordnetenhaus sich nur mit Widerwillen diesem Vorschlag angegeschlossen hatte. Der Finanzminister deutete an, daß die Regierung sich nicht etwa einer Notlage fügen, sondern lieber gar nichts zu Stande kommen lassen würde; aber die Mehrheit des Hauses ließ sich vorläufig wenigstens dadurch nicht erschrecken. Dem Einwande des Finanzministers, daß der Commissionsbeschluß 11 000 Schulverbände begünstigen wollte auf Kosten der 23 000 einklassigen Schulen, hielten die Anhänger der Commission entgegen, daß diese 11 000 Schulen mehr als 34 000 Lehrer hätten, also auch wohl eine entsprechend größere Zahl der Schulkinder und der Bevölkerung hinter sich hätten. Die freiconservativen Abgeordneten erkannten das auch an; soweit sie nicht dem Commissionsantrag des Abg. v. Dörzen-Jüterbog ein, der den ersten Lehrern 470 Mark, den anderen ordentlichen Lehrern aber, wie nach dem Commissionsbeschluß, 350 Mark zugestellt, allerdings auf Kosten der Lehrerinnen. Von nationalliberaler und freisinniger Seite und auch vom Centrum wurde dagegen ausgeführt, daß die Vorlage geradezu eine Prämie setze auf die Niedertwicklung der Volkschulen, auf die Verbehaltschaft der einklassigen Schulen. Herr v. Gössler widersprach dieser Ausführung, weil er der Ansicht war, daß mit einem höheren Staatsbeitrage es leichter sein werde, neue Schulen da zu begründen, wo die Kinder jetzt weite Schulwege zu machen haben. Die Mehrheit des Hauses blieb aber bei dem unveränderten Commissionsbeschluß stehen. Darauf erledigte das Haus ohne erhebliche Debatte eine Reihe kleinerer Vorlagen. Morgen soll die Beratung des Cultusstaates beginnen.

Abgeordnetenhaus. 24. Sitzung vom 1. März.

11 Uhr.

Um Ministertische: von Scholz, von Gössler und Commissarien.

Auf der Tagesordnung steht: Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Ergänzung des Gesetzes über die Erleichterung der Volkschullasten vom 14. Juni 1888.

Artikel 1 lautet nach den Beschlüssen der Commission: "Die Höhe des nach § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 14. Juni 1888, betreffend die Erleichterung der Volkschullasten, aus der Staatsfasse zu leistenden jährlichen Beitrages zu dem Diensteinommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volkschulen wird fortan so berechnet, daß für die Stelle 1) eines alleinstehenden, sowie eines ersten ordentlichen Lehrers 450 Mark, 2) eines anderen ordentlichen Lehrers 350 Mark und einer ordentlichen Lehrerin 250 Mark, 3) eines Hilfslehrers und einer Hilfslehrerin 100 Mark gezahlt werden. Das Gesetz von 1888 enthielt die Sätze ad 1) von 400 Mark, ad 2) 200 bzw. 150 Mark, ad 3) von 100 Mark. Die Regierungsvorlage schlug vor ad 1) 500 Mark, ad 2) 300 bzw. 150 Mark, ad 3) 100 Mark. Die Befürigung der Worte „und Lehrerinnen“ hat lediglich eine redaktionelle Bedeutung.

Abg. von Holz beantragt ad 1) 500 und ad 2) 300 statt 450 bzw. 350 zu setzen. Ferner liegt der Antrag von Dörzen vor, 470 statt 450 ad 1 und 150 Mark statt 250 ad 2 zu setzen.

Finanzminister von Scholz: Den Gesichtspunkten, von welchen die Staatsregierung bei dieser Vorlage ausgegangen ist, ist in der Commission nicht Rechnung getragen worden. Die Beschlüsse wären, selbst wenn sie auf thatächlich zutreffenden und beweisbaren Voraussetzungen beruhten, dennoch geeignet, die ernstesten Bedenken zu erwecken. Die Staatsregierung batte nicht im Entferntesten die Absicht, mit der jetzigen Vorlage eine Correctur des Gesetzes vom 14. Juni 1888 vorzunehmen. Dieses Gesetz ist nicht ohne Schwierigkeiten und nur unter allseitiger Nachgiebigkeit zu Stande gekommen. Es wäre nicht weise, an einem solchen Gesetze nach kaum neun Monaten eine Correctur einzutreten lassen zu wollen zwischen den Verhältnissen des Gesetzes von 1888 und der Befestigung des Schulgelbes. Das Gesetz von 1888 hatte nicht den Zweck der Aufhebung des Schulgelbes, sondern der Erleichterung der Volkschullasten. Hätten wir etwas Anderes gewollt, so hätten wir blos 10 Millionen opfern und überall das Schulgelb aufheben können. So steht die Sache auch jetzt; für die Vertheilung oder überhaupt für die Gestaltung des Gesetzes ist nicht die Thatächlichkeit maßgebend, daß noch zwei Millionen Mark Schulgelb im Lande erhoben werden, sondern wir wollen nichts weiter, als einen Weiterbau auf den Grundlagen des Gesetzes vom vorigen Jahr, wie ihn die Kunst der Finanzlage in diesem Jahr ermöglicht. Nicht einen organischen Aufbau wollen wir, das Gesetz wird immer ein mechanisches bleiben. Wir wollen eine allgemeine gleichmäßige Erleichterung der Volkschullasten. Von allen communalen Lasten werden die Schullasten am drückendsten empfunden. Die Vorschläge der Commission sind das Gegenteil von einer allgemeinen und gleichmäßigen Erleichterung der Volkschullasten im Lande. Wir haben etwa 35 000 örtliche Volkschulen in Preußen, davon sind 23 000, also zwei Drittel mit einem Lehrer besetzt; diese Schulen will die Commission mit einer minimalen Jahreserleichterung von 50 Mark bedenken, während sie den übrigen Schulen mit mehreren Lehrern drei mal so viel giebt. Das ist offenbar eine Correctur dessen, was wir im vorigen Jahre beschlossen haben, und dazu sind wir nicht bereit. Es kommt darauf hinaus, gerade den bedürftigsten Gemeinden am wenigsten zu geben und den vermögenden, reicher entwickelten Gemeinden den Löwenanteil an dieser neuen Last des Staates zuzuweisen (sehr wahr! rechts), ein Bestreben, das wir nicht mitmachen können. Die in der Commission für eine so folgenreiche Abweichung von der Regierungsvorlage vorgebrachten Gründe sind äußerst dürfsig. Der Beweis dafür, daß bei vielen Lehrerstellen auf dem Lande der jetzt bereits vom Staate gezahlte Beitrag von 400 M. ausreichend sei, ist in keiner Weise erbracht worden. Damit fällt auch die fernere Behauptung in sich zusammen, die Gemeinden würden von den hier verlangten weiteren 100 M. nichts bekommen, der Betrag werde vielmehr der Staatsfasse verbleiben. Man mußt uns zu, daß wir hier noch ein fiscalisches Kunststück machen, daß wir die 100 M. nur präsentirten in der Hoffnung, mindestens die Hälfte dem Fiscus zu erhalten. Eine ebenso irrgärende Ansicht ist die, daß die Schulnöth mit dem zweiten Lehrer anfangt. Nein, die Schulnöth beginnt vor dem ersten Lehrer. Die Leute, die nicht das Glück haben, in der Stadt zu wohnen, die ihre Kinder 2 bis 3 Kilometer zur Schule schicken müssen, empfinden das Bedürfnis, eine Schule mit einem Lehrer zu haben, so dringen, wie Niemand anders. Diese Gemeinden sind bereit, sich selbst zu besteuern im Interesse einer einklassigen Schule, während die Anstellung eines zweiten Lehrers auf Einwendungen stößt. Jeder Groschen, den Sie von der Bevölkerung des ersten Lehrers abziehen, erschwert die Errichtung neuer Schulen. Das Rechenexemplar im Commissionsbericht, daß Schulen mit vier Lehrern nach dem Regierungsvorlage 1400 M. und nach dem Commissionsvorschlag 1500 M. bekommen würden, ist richtig; aber warum wir gerade das eine Drittel der Gemeinden des Landes, das mehrklassige Schulen hat, bevorzugen sollen, dafür ist ein durchschlagender Grund nicht angeführt.

Anstatt damit Zufriedenheit, Anerkennung und Erleichterung im Lande zu verbreiten, würde im Gegenteil Unzufriedenheit damit hervorgerufen werden. Es handelt sich bei dem Commissionsvorschlag um eine weitgehende Begünstigung der Städte vor dem Lande. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Etat der directen Steuern weist ein erfreuliches Wachsthum der Klasse und Einkommensteuer in den Städten, aber eine kümmerliche Zunahme der Wohlhabenheit auf dem platten Lande nach. Die Regierung kann also nicht die Hand dazu bieten, den Schulgemeinden in den Städten den überwiegenden Theil zuzuwenden, die Schulgemeinden auf dem Lande aber auf eine so kümmerliche Gabe zu beschränken. (Sehr richtig; rechts.) Ich bitte Sie deshalb, an dem Gesetz vom vorigen Jahre festzuhalten. Dieser Gesetzesvorschlag hat eine selbstständige Bedeutung und will in sich beurtheilt werden. Es würde uns sehr wehe thun, wenn unser Vorschlag den Beifall des Landtages nicht finde. Aber wenn die Rechnung dahin geht, daß, wenn die Regierung sich in der Nothlage befindet, sie dem Commissionsvorschlag zustimmen würde, so ist diese Rechnung auch nicht richtig. Es würde dann wahrscheinlich ein Drittes im Gesetze sein, wahrscheinlich das Nichts. Deshalb bitte ich Sie, der Regierungsvorlage in der Consequenz der Grundgedanken des vorjährigen Gesetzes Ihre Zustimmung nicht zu versagen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. v. Holz erklärt sich gegen den Commissionsvorschlag, weil dadurch 23 000 Gemeinden benachteiligt würden zu Gunsten von 11 000 Gemeinden, unter denen sich die wohlhabendsten des Landes befinden. Daß die 400 M., welche der Staat bisher gewährt hat, ausreichen, um die Schulnöth vieler Gemeinden zu decken, ist nicht richtig; solche Verhältnisse können vielleicht in Sachsen vorkommen, wo die Schuldotation aus toter Hand in höherem Maße vorhanden ist. Die Commissionsbeschlüsse gehen gegen das Interesse des Landes, deshalb bitte ich Sie, dieselben abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Seyffardt-Magdeburg (natl.): Die Commission hat nur das ausgeführt, was im vorigen Jahre durch eine Complication von Umständen durchzuführen unmöglich war. Die Mehrheit des Hauses hat im vorigen Jahre das Verhältnis des Staatsbeitrages für die ersten und die anderen Lehrer von 4:3 für das richtige gehalten. Nur weil das Herrenhaus einem darauf gerichteten Beschluss widersprach, nahm das Abgeordnetenhaus ein Verhältnis von 4:2 an. Dieses muß jetzt richtiggestellt werden, trotzdem der Minister sich dagegen ausgesprochen hat. Räumlich muß auch dafür gesorgt werden, daß nicht eine Prämie darauf gesetzt wird, daß überall Lehrer angestellt werden, wo jetzt Lehrerinnen angestellt sind.

Abg. Schnatsmeier (cont.) bittet um Annahme der Regierungsvorlage bezw. des Antrages Holz, der allein den Interessen des Landes entspreche, während der Commissionsbeschluß lediglich im Interesse der Städte gefasst sei, in welchen der Steueraufdruck nicht so erheblich sei, wie auf dem platten Lande.

Abg. Bruel (Welse) weist darauf hin, daß das Centrum im vorigen Jahre behauptet habe, das Gesetz enthalte eine Verfassungsänderung; daß sei auch bezüglich des vorliegenden Gesetzentwurfs zu behaupten, aber seine Freunde hätten sich dadurch nicht abhalten lassen, an der Verbesserung des Gesetzes mitzuwirken. Die Vorlage sei kein organisches Gesetz, sie sei lediglich eine Schablone, die mechanisch, aber eben darum nicht gleichmäßig und gerecht wirke. Eine allgemeine gleichmäßige Entlastung der Gemeinden sei wünschenswerth, aber wozu denn die Bevorzugung der ersten und alleinstehenden Lehrer? Das Geld dient doch nicht dazu, die Stellen der Lehrer zu verbessern, sondern die Gemeinden zu entlasten. Die Gehälter der Lehrer auf dem Lande betragen im Durchschnitt 954 M., die der Lehrer in den Städten 1430 M., also die finanzielle Belastung der Landgemeinden in einer geringerer. Die gerechte Vertheilung der Staatsbeiträge wäre die nach der Schulnöth, und wenn man diese nicht will, nach der Zahl der ordentlichen Lehrer; denn man kann doch nicht die einklassigen Schulen auf dem Lande vollständig gleich stellen dem ausgebildeten Schulsystem in den Städten, welche für Schulzwecke im Verhältnis mehr aufwenden, als die Landgemeinden.

Abg. Wessel (freic.) empfiehlt die Regierungsvorlage. Bei dem Vorschlag des Herrn Bruel, die Staatsbeiträge nach der Kinderzahl zu bemessen, würden die Landgemeinden, welche oft für eine geringe Kinderzahl eine Schule einrichten müssen, schlechter wegkommen. Gerade im Interesse des Ostens, wo die Bevölkerung durch Auswanderung abnimmt, empfiehlt es sich, die ersten und alleinstehenden Lehrer besser zu bedenken.

Abg. von Dörzen-Jüterbog (freic.): Wir wollen auch eine Entlastung der Gemeinden, aber wir glauben, daß die kleinen Stadtgemeinden und die großen Landgemeinden, welche Schulen mit mehreren Lehrern haben, am schwersten belastet sind, sobald man ihnen etwas mehr, wie früher, zu Hilfe kommen muß. Von den 57 000 Lehrern sind 23 000 alleinstehende, während 34 000 sind also an Schulen mit mehreren Lehrern angestellt. Dieser Zahl der Lehrer dürfte auch die Zahl der Volkschulen entsprechen. Warum sollen nun die zwei Fünftel der Bevölkerung, welche nur einklassige Schulen unterhalten, mehr entlastet werden, als die drei Fünftel, welche mehrklassige Schulen unterhalten müssen? Wenn die Regierung Werth darauf legt, daß den ersten Lehrern eine größere Zuwendung gemacht werde, so empfiehlt es sich, 470 M. für die ersten und alleinstehenden Lehrer zu bewilligen und diese Mehrausgabe wieder einzubringen durch Erhöhung der Zuwendung für Lehrerinnen von 250 auf 150 M.

Finanzminister v. Scholz: Es sollte doch bei der Verhandlung dieser Vorlage nicht Leistungsfähigkeit der Schulgemeinden und Druck der Volkschullasten verwechselt werden. Der Begriff der Leistungsfähigkeit der Schulgemeinden liegt sowohl dem Gesetz von 1888 als der jetzigen Vorlage völlig fern; denn wie sollte man sonst dazu kommen, etwa den Stadt Berlin auch nur einen Groschen zu bewilligen? Hätte die Leistungsfähigkeit zur Grundlage der Bewilligung gemacht werden sollen, so wären statistische Ermittlungen nötig geworden, die Jahre lang gedauert hätten und man wäre nicht sobald zu einem wirklich erleichternden Gesetz gekommen. Die übereinstimmende Auffassung der Staatsregierung und der Vorlage ging vielmehr dahin: überall im Lande wird der Druck der Kommunal- und Schullasten unangenehm empfunden und gegenüber den durch die Gezeitgebungen auferlegten neuen Belastungen empfiehlt es sich, vorhandene Ueberschüsse zur allgemeinen gleichmäßigen Erleichterung aller Gemeinden, sowohl der leistungsfähigen, als auch der leistungsunfähigen zu verwenden. Man darf also hier nicht den Begriff der größeren oder geringeren Leistungsfähigkeit einfieben, das können wir nicht anerkennen. Alle die beweglichen Darstellungen, die uns in dieser Richtung vorgeführt werden, können uns nicht bestimmen, einen unkontrollierbaren, ins Willkürliche ausartenden Maßstab für die Vertheilungen zu acceptiren. Wenn gesagt worden ist, daß die Unrichtigkeit der Regierungsvorlage aus der Verhältnis der Bevölkerungs- und Schülerzahl nachweisbar sei, so müssen wir diese Bezugnahme ebenfalls ablehnen. Für diesen Maßstab hätte sich im Hause gewiß kein Anhänger gefunden, wobei ich übrigens gegen Herrn Dr. Bruel bemerke, daß er ganz willkürlich angenommen hat, daß Bevölkerungs- und Schülerzahl ziemlich dasselbe bedeuten. Wir haben die Institution des Lehrers, der Gemeinde Geld kostet, als Maßstab genommen und müssen ihn als Maßstab festhalten. Ich habe nicht die Forderung gestellt, die Vorlage ganz ohne Zusammenhang mit dem vorjährigen Gesetz zu betrachten. Ich habe nur gebeten, nicht zu denken, daß die jetzige Gelegenheit benutzt werden soll zu einer materiellen Correctur dessen, was wir 1888 geschlossen haben. Ganz falsch ist die Behauptung, daß die Bedürftigkeit dort, wo noch Schulgelb erhoben wird, in erhöhtem Maße vorhanden ist. In dem wohlhabenden Bezirk Liegnitz geschieht das noch in einem bedeutenden Bezirk, in Oppeln nur noch in ein oder zwei Fällen. Ich bitte die Anhänger der Vorlage, sich durch alle diese Erwägungen nicht irre machen zu lassen. (Beifall rechts.)

Die Discussion wird geschlossen.

Bet der Abstimmung wird der Antrag Holz auf Gewährung eines Staatsbeitrages von 500 Mark für die ersten und alleinstehenden Lehrer gegen die Stimmen der Conservativen, eines großen Theiles der Freisinnigen und der nationalliberalen Abg. Franke (Dörrn) und Bock abgelehnt. Für den Antrag v. Dörzen (470 Mark) stimmt nur ein Theil der Freisinnigen. Der Commissionsantrag (450 Mark) wird von der Mehrheit angenommen, welche den Antrag von Holz verworfen hat. Der Staatsbeitrag von 350 M. für die anderen ordentlichen Lehrer wird von derselben Mehrheit genehmigt. Für die Lehrerinnen wird der Staatsbeitrag auf 250 Mark (in der Vorlage 150 Mark) mit 146 gegen 140 Stimmen angenommen. Der Commissionsbeschluß ist also in allen seinen Theilen aufrecht erhalten worden.

Artikel 2 lautet nach dem Beschuß der Commission: "Wo bei Volkschulen für Kinder, welche innerhalb des Bezirks der von ihnen besuchten Schulen einheimisch sind, eine Erhebung von Schulgelb noch nicht stattfindet, darf dasselbe in demjenigen Betrage fort, um welchen gemäß der Vorschrift in Artikel 1 eine Erhöhung des aus der Staatsfasse zu leistenden Beitrags zu dem Diensteinommen der Lehrer eintritt. Das hierauf entworfene vom 1. April 1889 ab noch zulässige Schulgelb ist nach § 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 14. Juni 1888 erneut festzustellen." Den letzten Satz hat die Commission hinzugefügt, um den Kreisausschüssen das Recht zu einer erneuten Festsetzung des zulässigen Schulgeldbetrages zu geben.

Der Abg. Wessel beantragt, an Stelle der Worte „um welchen gemäß der Vorschrift in Artikel 1 eine Erhöhung des aus der Staatsfasse zu leistenden Beitrags zu dem Diensteinommen der Lehrer eintritt“ zu setzen: „um welchen in Folge der Einrichtung neuer Schulstellen in einem Schulverbande nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 14. Juni 1888 oder gemäß der Vorschrift in Artikel 1 des gegenwärtigen Gesetzes eine Erhöhung des Staatsbeitrages zu dem Diensteinommen der Lehrer und Lehrerinnen bereits eingetreten ist oder fortan eintritt“.

Abg. Wessel empfiehlt seinen Antrag, welcher den Zweck verfolge, die Befreiung des Schulgelbes, die ja allseitig gewünscht werde, zu beschleunigen.

Abg. Melbeck bittet, daß die Provinzialverwaltung in den Fällen Widerpruch erheben möchte, in welchen die Gemeinden von nicht einheimischen Kindern übermäßiges Schulgelb erheben.

Abg. Bruel beantragt, in dem Antrag Wessel die Worte „zu dem Diensteinommen der Lehrer“ zu streichen.

Abg. Wessel erklärt sich mit dieser Abänderung seines Antrages einverstanden.

Der Art. 2 der Commissionsvorlage wird hierauf mit dem so abgeänderten Antrag Wessel angenommen.

Die Artikel 3 und 4 sind unverändert geblieben. Sie lauten: Art. 3. „Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. April 1889 in Kraft.“ Art. 4. „Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und der Finanzminister beauftragt.“ Die zu dem Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der flüssig gemachten Bestände der im § 94 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879 bezeichneten Fonds und der im § 95 Absatz 3 dafelbst erwähnten Gelde für das Jahr 1888 wird durch Kenntnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Heranziehung (Fortsetzung in der Beilage.)

Möglichkeiten in gewissen Dingen ist gut, das möchte ich besonders meinen Collegen aus dem Osten zu Gemüthe führen. Von der Wohlhabenheit aus dem allgemeinen Steuerfadel ist verhältnismäßig mehr nach dem Osten gekommen; hältt wir uns, den Bogen zu straff zu spannen. Ich werde für die Commission stimmen, die guten Gründe sind auf ihrer Seite. Herr Schnatsmeier will die Lehrer stellen, wie die Staatsbeamten. Mit solchen Reden hilft man den Lehrern nicht. Bringt Sie doch entsprechende Anträge ein und lassen Sie entsprechende Beschlüsse. Herr Schnatsmeier bezog sich auch auf Berlin, ja, wenn dieses Berlin nicht in der Vorlage wäre, würde der Commissionsvorschlag gar nicht auf Widerstand gestossen sein. Aber Berlin ist ja einmal da und zahlt sehr tüchtig in den Staatsfadel. Es wird hier viel schwieriger auf Grund der ausgleichenden Gerechtigkeit bekommen soll, dann werden die Herren unangenehm. Ich bezahle in Danzig 260 Prozent Commissonalsteuer; in Königsberg wird der Satz auch nicht gering sein; da wird doch der Druck der Schullasten sehr empfindlich. Es ist ja sehr bedauernswert, daß alle großen Vermögen sich nach Berlin concentriren und daß zum Theil der Steueraufdruck in den größeren Provinzialstädten dauer führt. In dieser Beziehung wäre es allerdings vielleicht ganz wünschenswert, wenn auch Berlin 3-400 p.C. erhöbe. Aber gönnen wir es den Berlinern, wenn sie mit 100 p.C. auskommen. Auch im Interesse der Entwicklung unseres Volksschulwesens bitte ich, den Maßstab der Vorlage nicht auf die Spitze zu treiben. Der Vorschlag hat die Tendenz, die einklassige Schule und ihre Aufrechterhaltung zu bevorzugen. Dem Cultusminister müssen schon Beispiele zur Hand sein, wie bedenklich das vorjährige Gesetz nach dieser Richtung gewirkt hat. Es liegt in dieser Bevorzugung der Antrieb für die Gemeinden, die einklassige Schule so lange wie möglich zu begünstigen, weil sie mehr Geld dafür erhalten. Ich empfehle die Commissionsbeschlüsse zur Annahme. (Beifall links.)

Minister von Gössler: Der Abg. Schnatsmeier hat gefragt, ob ich eine Verfügung erlassen habe, daß die Regierungspräsidenten darin wirken möchten, daß die Lehrergehälter seitens der Schulgemeinden erhöht werden. Ich habe nur Anzeichen verlangt, ob die Schulgemeinden freiwillig eine Erhöhung der Lehrergehälter vorgenommen haben. Meine Anfrage hatte einfach einen statistischen Inhalt. Wie ich zu meiner Freude ersehen, haben nicht allein eine Reihe von großen Communen, sondern ganze Landstriche sich einfach dazu entschlossen, die Lehrergehälter auf die Höhe der Durchschnittsjahre zu bringen. So planlos, wie Herr Ritter annimmt, steht diese ganze Angelegenheit denn doch nicht. Wir sind im vorigen Jahre nicht davon ausgegangen, daß der erste Lehrer das Doppelte des zweiten erhalten müsse. Die Differenz von 200 Mark festgestellt, haben wir auch in dieser Vorlage bei 300:500 Mark festgehalten. Ich habe darauf hingewiesen, daß eine Differenz von 200 Mark außerordentlich gering wäre der Thatächte gegenüber, wie sich die Kosten gestalten bei der Unterhaltung des ersten Lehrers und der folgenden. Die Zahl der Schulen, welche Sie durch den Commissionsbeschluß begünstigen, beträgt etwa 5100. Zweifellos werden diejenigen gegenüber beinahe 23 000 Schulen benachteiligt. (Sehr wahr! rechts.) Das Institut der Lehrerinnen verhält sich sehr ungleichmäßig. Wir haben in der ganzen Monarchie 7000 Lehrerinnen, von diesen entfallen auf die Ostprovinzen beinahe 2600. Wenn aber behauptet worden ist, wir wollten auf Grund des vorjährigen Gesetzes die einklassigen Schulen zu Ungunsten des mehrklassigen Systems beg

(Fortsetzung.)
der Fabriken u. s. w. mit Präcipualleistungen für den Wegebau in der Provinz Schlesien.

Abg. Kelch bittet, daß auch die gesetzgebenden Körperschaften dazu beitragen möchten, unnötige Fremdwörter in der Sprache zu vermeiden, nachdem von allerhöchster Seite mit diesem Beispiele vorangegangen sei. Für den Ausdruck Präcipualleistung liege sich leicht ein vollständig gleichwertiges und gleichberechtigtes deutsches Wort finden, z. B. Vorwegleistung. Die Worte „in erster Instanz“ seien entbehrliech, zumal sie nach dem Landes-Berwaltungsgesetz selbstverständlich seien; in dem ähnlichen Gesetz über die Provinz Sachsen fänden sich dieselben auch nicht.

Abg. Lieber fragt, warum der Anregung des Communallandtags des Regierungsbezirks Wiesbaden, ein ähnliches Gesetz für diesen Bezirk vorzulegen, bis jetzt nicht Folge gegeben sei.

Abg. v. Schalsch: Nachdem von den verschiedensten Theilen der Monarchie der Befehl ausgesprochen worden ist, daß ihnen ein ähnliches Gesetz wie es jetzt Schlesien erhält, zu Theil werden möchte, halte ich es für angemessen, zu erklären, daß ich dieses Gesetz dankbarst begrüße, gleichviel ob mit oder ohne Fremdwort. (Heiterkeit.)

Abg. Knebel spricht über diese Erklärung seine Befriedigung aus und wünscht speziell für die Rheinprovinz ein solches Gesetz.

Abg. v. Schalsch: Nachdem von den verschiedenen Theilen der Monarchie der Befehl ausgesprochen worden ist, daß ihnen ein ähnliches Gesetz wie es jetzt Schlesien erhält, zu Theil werden möchte, halte ich es für angemessen, zu erklären, daß ich dieses Gesetz dankbarst begrüße, gleichviel ob mit oder ohne Fremdwort. (Heiterkeit.)

Ohne Debatte wird die Vorlage in zweiter Berathung angenommen. Ohne erhebliche Debatte erlebt darauf das Hans in erster und zweiter Berathung die Gesetzentwürfe, betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in Herne, betr. die Erleichterung der Abveräußerungen einzelner Theile von Grundstücken in der Provinz Hannover und in zweiter Berathung den Gesetzentwurf, betr. die Abänderung und Ergänzung einzelner die Dienstvergaben der nicht richterlichen Beamten betreffenden Gesetzesbestimmungen.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats).

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)
* Berlin, 1. März. Bekanntlich haben in letzter Zeit auf Grund der Beschlüsse der Reichstagscommission für die Invaliditäts-Versicherung innerhalb der Regierung Berathungen stattgefunden, inwieweit diese Beschlüsse Annahme finden könnten. Nachdem am Montag nächster Woche Staatsminister von Böttcher von seiner Erholungsreise zurückgekehrt sein wird, dürften die Besprechungen mit den maßgebenden Parteien des Reichstages stattfinden, damit schon vor Beginn der zweiten Lesung des Entwurfs eine Übereinstimmung zwischen den gesetzgebenden Fäcioren über die Grundlagen herbeigeführt wird.

* Berlin, 1. März. Von angeblich gut unterrichteter Seite wird dem „Frankf. Gen.-Anz.“ aus Berlin geschrieben: Nach dem in kürzester Zeit dem Reichstag zugehenden Nachtragsetat wird für die Feldartillerie nur ein Theil ihrer Wünsche in Erfüllung gehen. Nur ungefähr zwei Drittel der deutschen Batterien werden für alle 6 Geschütze volle Bespannung erhalten. Zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft bei denjenigen Batterien, welche zu sofortigem Ausmarsch bestimmt sind, sollen schon im Frieden 2 Munitionswagen bespannt werden. Aus taktischen Gründen wird bei dem ersten Garde-Feld-Artillerie-Regiment und den Feld-Artillerie-Regimentern Nr. 1 bis 11 je ein dritter Abtheilungstab formirt.

Auch Pferden soll das Mannschaftsgewehr angenommen haben.

* Berlin, 1. März. Laut Verfügung des Kaisers sollen die Hauptleute der Fußartillerie in den Gehalt erster Klasse nach dem Dienstalter in der Waffe, nicht nach dem im Regimente aufrücken.

* Berlin, 1. März. Die Wildschaden-Commission des Abgeordnetenhauses einigte sich schon in der Generaldebatte dahin, daß es dringend geboten erscheine, Positives in solcher Form zu vereinbaren, daß auf die Zustimmung der Staatsregierung und des Herrenhauses gehofft werden könne. Während einige Mitglieder volle Abhilfe durch scharfe Vorbeugungsmärgeln erwarten und demgemäß meinten, eine entsprechende Veränderung des § 23 des Jagd-Polizeigesetzes werde genügen, hielt die Majorität unter voller Anerkennung der Schwierigkeiten an der Ansicht fest, daß nebenher auch für eine angemessene Entschädigung des Wildschadens zu sorgen sei. Es wurde Einsetzung einer Subcommission zur Formulierung entsprechender Anträge beschlossen.

Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses erledigte gestern Abend noch die restirenden Theile des Etats, den Etat der Staatschuldenverwaltung und den der Ansiedlungs-Commission nach den Regierungsvorschlägen.

In der Reichstags-Commission für das Genossenschaftsgesetz gelangte gestern die Resolution Hegel, die Regierungen zu ersuchen, Maßregeln gegen die Wissbräuche, welche der Vertrieb von Spirituosen durch die Consumvereine gebracht hat, vorzuschlagen, fast einstimmig zur Annahme.

* Berlin, 1. März. Dem Abgeordnetenhaus ist, wie die „Nat.-Ztg.“ erläutert, am 16. Februar eine Petition zugegangen, dasselbe möge der Regierung den Erlass eines Gesetzes empfehlen, durch welches 1) jedem Mitgliede der R. pr. Wittwen-Verpflegungs-Anstalt innerhalb einer 3monatigen Frist der Austritt aus der Anstalt unter Rückgabe seines Receptionscheins als Verzicht auf die seiner Frau versicherte Wittwenpension gestattet und ihm dafür ein Betrag von 3½proc. Staatschuldverschreibungen gewährt werden soll, welcher im Nominalwerth gleich der Summe Zahlungen, berechnet nach dem jeweilig üblich geweinem Zinsfuß, ist; 2) jedes Mitglied von weiteren Zahlungsverpflichtungen befreit sein soll, sobald die von ihm geleisteten Zahlungen nebst Zinsen und Zinseszinsen die Summe erbracht haben, welche nach der bei der Anstalt geführten Sterblichkeitsberechnung als Gesamtpension seiner Wittwe zu gewähren sein würde. Jedes Mitglied soll zur Belehnung der Betreuung der Ernährung der versicherten Pension erwirken können. Beiträgerleistungen zu dieser Petition nimmt der Königl. Landgerichtsrath Geest, Schöneberg bei Berlin, Hauptstraße 108, entgegen.

* Berlin, 1. März. In Sachen des Internationalen Arbeiter-Congresses findet am 28. d. M. im Haag eine Konferenz statt, an welcher Vertreter aus England, Frankreich, Belgien, Holland, Schweiz und Deutschland sich beteiligen werden. Es handelt sich darum, eine allseitige Einigung und Verständigung unter den in verschiedene Parteien gespaltenen französischen Socialisten herbeizuführen. Die Anregung ging vom Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraction aus, welcher seitens der lechteren mit den Vorarbeiten für die Einberufung des Internationalen Congresses betraut wurde. Deutscherseits nehmen Liebknecht und Bebel an der Konferenz Theil. Bekanntlich soll der nächste Internationale Arbeiter-Congress dieses Jahr in Paris abgehalten werden.

* Berlin, 1. März. Aus Kiel wird der „Voss. Ztg.“ gemeldet, daß die Kreuzergattate „Moltke“ vom Schulgeschwader den Befehl zur Rückkehr erhalten haben soll.

* Berlin, 1. März. Die Kreuzzeitung vermutet, Graf Hässeler sollte nicht Generalquartiermeister, sondern einer der drei Oberquartiermeister werden.

* Berlin, 1. März. Die Herzogin Paul von Mecklenburg ist an den Folgen ihrer unglücklichen Entbindung schwer erkrankt. Professor Olshausen hat in der Nacht auf Donnerstag in seiner Privatklinik an der Herzogin einen schweren operativen Eingriff vornehmen müssen. Das Kind kam tot zur Welt. Die Operation an sich ist glücklich verlaufen, indessen geben die damit verbundenen Complicationen nach einer Meldung des „Kl. Z.“ zu ernsten Bedenken Anlaß, da die Kräfte der Patientin schon durch ein vorhergegangenes Leiden stark in Mitleidenschaft gezogen waren.

* Berlin, 1. März. Der Londoner „Truth“, welcher in angeblichen Beziehungen zum Hofe steht, berichtet, Kronprinz Rudolf von Österreich habe 8 Millionen Mark Schulden hinterlassen, auch seien seine sämtlichen Juwelen verschwunden. Man müsse danach fast annehmen, daß der Kronprinz auch durch gewerbsmäßige Spieler ausgebeutet wurde.

* Berlin, 1. März. Mehrfach versautet, zum Präsidenten des Kammergerichts sei Kunowski in Breslau designiert. Bis her waren dem früheren Präsidenten des hiesigen Landgerichts, jetzigen Oberlandesgerichtspräsidenten Bardeleben in Celle, die meisten Aussichten zugeschrieben worden.

* Berlin, 1. März. Das Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller hat beschlossen, auf den 30. März eine Generalversammlung aller direkten und indirekten Mitglieder zu berufen. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung soll die Invaliditätsversicherung der Arbeiter bilden. Das Directorium beriefen sich entsprechend dem vom Vereine deutscher Volkammer und Kammagarnspinner gestellten Antrage über die Frage der Einführung des Terminhandels in Kammzug an der Berliner Börse. Das Directorium sah sich, nach Maßgabe der aus den Kreisen der Betheiligten verlautbarten Ansichten, veranlaßt, das Bedürfnis für Einführung des Terminhandels für Kammzug zu verneinen, und beschloß, das in gleicher Sinne von dem genannten Vereine an den Handelsminister gerichtete Gesuch zu befürworten.

* Berlin, 1. März. Über die Entwicklung der Berliner (Stöcker'schen) Stadtmision erfährt das „Berl. Tagebl.“: An der Spize steht ein Comité von 15 Mitgliedern, deren Vorsitzender Stöcker ist. Die Leitung und Aufsicht liegt in den Händen eines Directors und zweier Inspectoren, welche alle Geistliche sind. Für die Dekonomie (Collecten und Vereinswesen) ist gleichfalls ein Geistlicher bestellt, ebenso für die Redaktion, die Schriftenverbreitung und das Auskunftsbüro. Auf die verschiedenen Kirchensprengel sind je einer oder mehrere Stadtmisionäre verteilt, im Ganzen für die gedachten Parochien 27. Daneben sind für die „weibliche Stadtmision“ noch 4 Damen thätig. Außerdem giebt es noch 8 Stadtmisionäre für die Kurrende, einen für den Gesangsunterricht und den Kirchenchor des Stadtmisionshauses. In diesem befindet sich auch das Centralbüro, welches zugleich die Sammelstelle für alle Gaben zur Unterstützung der Stadtmision bildet, und von einem Geistlichen mit einem Secretär geleitet wird. Das Bureau für Unterstüzungssachen und Armenrecherchen untersteht ebenso wie das Asyl für entlassene Gefangene nebst dem dazu gehörigen Bureau einem Stadtmisionär; für die Industrie ist ein besonderer Buchhalter bestellt. Stadtmisionssäle besitzt die Stadtmision z. B. außer einem großen und vier kleinen Sälen im Stadtmisionshause in den verschiedenen Gegenden der Stadt bereits zwölf. Außerdem werden vier Privatsäle mitbenutzt; auch besitzt sie eine Zufluchtstätte für obdachlose hilfsbedürftige Frauen und Mädchen, ein Mädchenheim und eine Stellenvermittlung für weibliche Dienstboten. Das große Hospiz enthält 70 Logirzimmer mit 120 Betten. In diesem Hause befindet sich auch die Buchhandlung der Stadtmision, ebenso das Redaktionsbüro für die im Verlage der Stadtmision erscheinenden Sonntagsblätter und Zeitschriften.

* Berlin, 1. März. Die österreichischen Antisemiten sind, wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Wien geschrieben wird, seit der Verurtheilung Schönerrers in einer gedrückten Stimmung. Um den gesunkenen Mut wieder zu beleben, hatte sich Stöcker auf Ansuchen seiner Wiener Freunde bereit erklärt, einige Vorträge in Österreich halten zu wollen. Von Seiten der vorgesetzten Kirchenbehörde ist aber die nachgesuchte Erlaubnis Stöcker verweigert worden.

* Berlin, 1. März. Die „Frei. Ztg.“ behauptet, der frühere Bicefeldwebel der Landwehr v. Scholz, dem soeben der Charakter als Secondlieutenant verliehen worden ist, sei der Finanzminister.

* Berlin, 1. März. Schauspieler Karl Mitell starb gestern in Leipzig.

* Warschau, 1. März. In der Maschinenfabrik von Elipop und Rau fand heute eine große Kesselexplosion statt. Zwei Arbeiter wurden sofort getötet, mehrere verwundet. Der Schaden beträgt über dreißigtausend Rubel.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 1. März. Das Armeeverordnungsblatt veröffentlicht eine kaiserliche Cabinetordre vom 11. Februar, wonach in diesem Jahre Generalstabsreisen des Gardecorps, im 1., 2., 3., 4., 6., 8., 11. und 15. Armeecorps, sowie eine Festungsgeneralstabsreise des 5. Armeecorps stattfinden.

Berlin, 1. März. Der „Post“ zufolge wurde der Kaiser den englischen Hof Ende August besuchen. Der Besuch des Kaisers von Russland in der zweiten Hälfte des März zu erwarten. Ueber den Zusammentreffsort sei noch nichts endgültig bestimmt, die Wahl schwebe zwischen Berlin und Kiel. Der Besuch König Humberts würde erst nach der Übersiedelung des Kaisers nach Friedrichskron erfolgen.

Berlin, 1. März. Der heutige 70. Geburtstag des Geheimrats Bardeleben wurde sehr feierlich begangen. Größtenteils wurde die Feier durch ein Morgenständchen. Eine Deputation des Berliner Aerztevereins, darunter Professor Tobold, überbrachte die Ernennung zum immerwährenden Ehrenvorsitzenden. Professor Birchow überbrachte Glückwünsche der medicinischen Gesellschaft. Präsident Sydow sprach im Namen des Comités der Freunde und Schüler. Professor Bergmann gratulierte im Namen der deutschen Gesellschaft für Chirurgie, Professor Helfrich im Namen der Universität Greifswald. Generalarzt Grasnick erschien mit einer Deputation des Militärärztl. Friedrich-Wilhelms-Instituts. Die Glückwünsche des Kriegsministers übermittelte Generalarzt Coler. Generalarzt Mehlhausen überbrachte im Namen der Berliner Militärärztl. Gesellschaft das Bildnis des Kaisers. Hunderte von Glückwunschtelegrammen gingen ein, namentlich auch von den angesehenen englischen medicinischen Welt.

Berlin, 1. März. Zum 50jährigen Künstlerjubiläum Joachims überreichte demselben der Cultusminister im Auftrage des Kaisers die große goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft. Eine Deputation Bonner Bürger überbrachte das Ehrenpräsidium des neugegründeten Musikvereins, der in dem angekauften Geburthaus Beethovens seinen Sitz hat. Ministerialdirektor Greif überbrachte im Namen der Freunde und Verehrer des Jubilars 100 000 Mark, die zu einer Stiftung bestimmt sind. Deputationen der Hochschule für Musik, der Akademie der Künste, des Stern'schen Gesangvereins, des Philharmonischen Orchesters und des hiesigen Conservatoriums überbrachten Adressen. Von den Universitäten Oxford und Cambridge, aus Amerika, aus Hannover, Frankfurt, Köln und vielen anderen Orten gingen nach Hundertenzählende briefliche und telegraphische Glückwünsche ein. Das Jubiläum nahm einen außerordentlich glänzenden Verlauf.

Berlin, 1. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt zu einer von dem Oberschreibermeister von Bodelschwingh in den Zeitungen wiedergegebenen Erklärung, daß die kürzlich gemachten Angaben des Reichsfanzlers über die Thätigkeit des Ministers Bodelschwingh bezüglich des Erlasses der Proklamation und des Befehls der Zurückziehung der Truppen vollständig unwahr seien, diese angebliche Berichtigung sei vollständig unwahr und bestreite eine in zweifeloser Weise beglaubigte historische Thatsache. General Prittwitz habe, nachdem Bodelschwingh ihm die Proklamation vorgezeigt und ihn amtlich aufgefordert, den Platz zu räumen, dies für militärisch unhöflich erklärt, worauf Bodelschwingh unter Verlesung des betreffenden Passus fragte, ob der Schloßplatz ein öffentlicher Platz sei oder nicht. Da er ein öffentlicher Platz sei, forderte er im Namen des Königs die Räumung, für die der König sein Wort öffentlich gegeben. Noch sei er des Königs Minister und habe es wohl auswendig gelernt, was er als solcher zu thun habe. Daraufhin stellte Prittwitz den Degen ein und verließ den Platz. Dies der von Prittwitz bekundete Hergang, der heute noch ebdlich festgestellt werden könnte. Niemand habe behauptet, daß Bodelschwingh der Verfasser der Proklamation gewesen; er brachte jedoch dieselbe Nacht 3 Uhr in die Druckerei und ersuchte um 5 Uhr Morgens den Bürgermeister Krausnik, für die Verbreitung zu sorgen, an welcher er selbst sich beteiligte, indem er in den Augen ein Exemplar an eine Pumpe klebte. Bei der Forderung an Prittwitz habe die in der Proklamation enthaltene königliche Zusage, nicht der ganze Inhalt, Beachtung gefunden, es heißt ausdrücklich: Räumet die noch stehenden Barrikaden hinweg ic. und beschränkt die militärische Besetzung nur auf die nothwendigen Gebäude des Schlosses, und auch du nur auf kurze Zeit. Die Räumung der Plätze war also der Wegräumung der Barrikaden subordinirt, als Bodelschwingh Prittwitz zur Räumung aufforderte. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beweist nicht, daß die angebliche Berichtigung in gutem Glauben verfaßt worden sei, obgleich Bodelschwingh die Vorgänge nicht aus eigener Anschauung kennt; sie versteht auch das Gefühl kindlicher Pietät, den Vater vertreten zu wollen. Allein die unhöfliche Form der Berichtigung entbinde sie von jeder Rücksichtnahme; sie nimmt keinen Anstand, den wahren Sachverhalt nochmals zu constatiren.

Wien, 1. März. Im Abgeordnetenhaus sprach heute zum Budget Plener und räumte eine entschiedene Besserung der Finanzen ein, obwohl der Ertrag der Brannwein- und Zuckersteuer zu hoch präliminiert worden sei. Nedner richtet an die denkenden Politiker der Slavenpartei den dringenden Appell, in weiser nationaler Selbstbeschränkung die Aspirationen aufzugeben, die mit dem Bestand und der Zukunft Österreichs unerreichbar seien, so lange die Deutschen, die unerschüttert bleiben würden, zu dauernder Opposition geneigt seien. Hierauf sprach der Finanzminister, worauf die Generaldebatte geschlossen wurde. Herbst und Hausner wurden zu Generalrednern gewählt.

Wien, 1. März. In einer Privatwohnung in der inneren Stadt wurde heute gegen einen Geldbrieffräger ein Attentat verübt. Zwei junge Leute, von denen einer dem Brieffräger Paprika in die Augen zu streuen versuchte, packten ihn und versuchten, ihn zu erwürgen. Der Brieffräger konnte indeß den Corridor erreichen und Lärm schlagen, worauf die Attentäter verhaftet wurden.

Budapest, 1. März. Das Abgeordnetenhaus segte ohne Zwischenfall die Debatte über die §§ 24 und 25 der Wehrvorlage fort. Minister Fejervary trat abermals für die Notwendigkeit der Kenntniß der deutschen Sprache in gewissem Grade ein, indem er hervorhob, daß die Offiziere sich sonst vor dem Feinde nur nach Art der Stummen verständlich machen könnten.

Bern, 1. März. Der Bundesrat beschloß, nächste Woche einen Delegierten nach dem Canton Tessin zu senden, um sämtliche Wahlrechte zu prüfen.

Rom, 1. März. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht ein Königliches Decret, welches die Suezcanal-Convention genehmigt.

Paris, 1. März. Die Abendblätter melden, die Regierung habe weitere Maßregeln beschlossen auf Grund der bei der Patriotenliga beschlagnahmten Papiere. Eine Anzahl von Beamten sei compromittiert und deren Absezung zweifellos. Zahlreiche Verhaftungen boulangistischer Agenten stehen bevor.

Haag, 1. März. Offiziell. Der Gesundheitszustand des Königs ist in den letzten Tagen unverändert.

Handels-Zeitung.

* Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft. Im Monat Februar d. J. wurden eingenommen 55 540,30 Mark, dagegen im Februar 1888 53 832,88 M., also diesmal mehr 1707,45 M.

* Österreichische Creditanstalt. Die „B. B. Ztg.“ äussert sich über den Geschäftsausschluß pro 1888 wie folgt: Die 1888er Dividende übersteigt zwar diejenige des Vorjahrs um 1½ Fl. (14½ gegen 13), sie wird aber trotzdem kaum befriedigen, denn man hatte früher eine Dividende von 15 Fl. mit Sicherheit erwartet, und erst in den letzten Tagen ist diese Erwartung etwas zurückgeschraubt worden. Die heutigen vorliegenden Zahlen des Abschlusses (es sind allerdings nur wenige, die ein gründliches Urtheil über die vorjährigen Geschäftsergebnisse noch nicht ermöglichen) geben, verglichen mit den entsprechenden Ziffern des Abschlusses pro 1887, das folgende Bild:

	1888	1887
Dividende per Aktie	14½ Fl.	13 Fl.
im Ganzen an die Actionäre vertheilt	3 625 000 Fl.	3 250 000 Fl.
Dotirung des Reservefonds	417 000 -	370 900 -
Gewinnvortrag	109 000 -	233 000 -

Die Gesellschaft vertheilt hierach 375 000 Fl. mehr an die Actionäre als im verflossenen Jahre, sie legt aber 77 000 Fl. weniger an Reserve-dotirung und Gewinnvortrag zurück. Ueber die Rücklagen, welche in anderer Form gemacht werden, die Übertragung von

der in einigen Wochen veröffentlicht wird, ergeben, dass ein bedeutender Theil der Consortialgeschäfte in der Abrechnung pr. 1888 nicht berücksichtigt ist. Das Endurtheil über das vorjährige Geschäftsergebniss des grossen österreichischen Unternehmens muss somit noch ausgesetzt werden.

Der „B. B.-C.“ schreibt: Der Gesammtgewinn im verflossenen Jahre beträgt 4.319.000 Fl., so dass also, da das I. Semester einen Nettogewinn von 2.892.441 Fl. ergeben hatte, das Erträgniss des II. Semesters sich auf ca. 1.427.000 Fl. berechnet. Das wäre fast genau die Hälfte des im I. Semester erzielten Nutzens. Man ist auf eine Verminderung des Gewinnes im II. Semester vorbereitet gewesen, dennoch muss es überraschen, dass der Rückgang ein so enormer gewesen ist, wie ihn diese Zahlen ausweisen. Schon vor einigen Tagen wurde nachgewiesen, dass an dem Engagement der Creditanstalt in Tabaks-Action ein Mindergewinn gegen das erste Semester eingetreten sein müsse. Derselbe wurde auf circa 1/4 Million Gulden berechnet, er muss aber tatsächlich grösser gewesen sein, denn im ersten Semester wurde allein an Tabaksactionen ein Differenz-Gewinn von circa 600.000 Fl. erzielt, und im zweiten Semester hat ein Rückgang der Actionen um 20 Fl. per Stück stattgefunden, so dass also die Differenz auf diesem Conto gegen das erste Semester allein circa 800.000 Fl. betragen muss. Das deckt aber noch bei Weitem nicht die Differenz, welche sich zwischen den Gewinnziffern der beiden Geschäftsperioden ergiebt, welche nämlich nahezu 1 1/2 Mill. Fl. beträgt. Gewisse Verluste sind auch an den Valuta-Engagements der Creditanstalt eingetreten und auch bereits avisirt worden; indessen glaubte man doch, dass dieselben durch Mehrgewinne an Zinsen wenigstens zum Theil gedeckt werden würden, und man nahm auch an, dass ein Theil des Verlustes aus Tabaksactionen durch anderweitige Effectengewinne ausgeglichen werden würde. Dass dies nicht geschah, ist das frappante Ergebniss, welches aus den bisher bekannten provisorischen Ziffern des Abschlusses entnommen werden muss. Das zweite Semester muss durch Valuta-Verluste, Mindergewinne an Effecten und an Zinsen um circa 500.000 Fl. abgesehen von den Tabaksactionen, gegen das erste im Nachtheil geblieben sein. Wie sich diese halbe Million vertheilt, ist einstweilen nicht ersichtlich. Es wird allerdings gesagt, dass die Verwaltung der Creditanstalt von der Erhöhung der Zinssätze, welche im letzten Quartal des vergangenen Jahres eingetreten ist, überschritten worden ist, und nicht in der Lage war, denjenigen Nutzen davon zu ziehen, den man erwartet hatte. Weshalb dies der Fall war, bleibt aufzuklären. Dann bleibt aber noch ferner aufzuklären, weshalb die Creditanstalt nicht eine beträchtliche Steigerung derjenigen Gewinne nachweisen kann, welche sie an ihren Consortialbeteiligungen nach der allgemeinen Erwartung erzielt haben müsste. Das Rothschild-Consortium hat mancherlei gewinnbringende Geschäfte abgewickelt, an anderen Consortien war die Creditanstalt ebenfalls beteiligt, und man erwartete, dass die grossen Gewinne, welche die führenden deutschen Banken an Finanz- und Emissions-Geschäften speciell im zweiten Semester des vergangenen Jahres erzielt haben, auch ihren Abglanz in der Creditanstals-Bilanz finden würden, da man ja weiss, in wie intimen Beziehungen das grosse Wiener Institut zu der Berliner Finanzwelt steht.

Die „Voss. Ztg.“ bemerkte: Ob die Veröffentlichung des diesjährigen Abschlusses die Coursentwicklung der Creditactien in nennenswerther Weise beeinflussen wird, wird von den Erträgnissen der einzelnen Conten sowie von der Höhe der Abschreibungen abhängen, worüber bis zur Stunde noch keine näheren Daten vorliegen.

Das Blatt gibt nachfolgende Aufstellung:

Gewinn-Saldo	Zum Reserve-	Dividende	per Aktie
Fonds	summarisch		
1888 G. 4.151.000	417.000	3.625.000	14 1/2
- 3.853.900	370.900	3.250.000	13
- 3.773.600	375.600	3.250.000	13
- 3.805.000	375.400	3.375.000	13 1/2
- 4.517.125	498.500	3.750.000	15
- 4.111.206	419.071	3.500.000	14

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin. 1. März. **Neueste Handelsnachrichten.** Muthmaassliche Dividenden: Baugesellschaft Moabit 6, Avenberger Spinnerei 11, Preussische Lebensversicherungs-Gesellschaft 12 1/2, Berlin-Gubener Hutfabrik 10 1/2 p.C. — Die „National-Ztg.“ hört aus Schlesien: Die überaus lebhafte Beschäftigung der oberschlesischen Walzwerke hat einen Mangel an Roheisen herbeigeführt, und in Folge dessen hat die Donnersmarckhütte sich veranlasst gesehen, einen dritten Hochofen anzublasen. — Das Consortium für die letzten Dienstag an der hiesigen Börse eingeführten Actionen Hein, Lehmann hat sich, da das zur Verfügung stehende Material sofort vergriffen war, heute bereits aufgelöst. — Derselbe Actionär des Berliner Spediteurvereins, der seinerzeit den Protest gegen die Beschlüsse der Generalversammlung eingelegt hat, der vom Handelsrichter nicht berücksichtigt wurde, beantragt unter Deponirung von 72.000 Mark Actionen, spätestens am 5. März eine außerordentliche Generalversammlung, die spätestens am 23. d. Mts. stattzufinden hat, einzuberufen. Auf der Tagesordnung werden folgende Punkte stehen: 1) Aufhebung der Beschlüsse der außerordentlichen Generalversammlung vom 20. Februar; 2) Nichtgenehmigung des Ankaufs der Grundstücke Blücherplatz 1 und 2 und Bellealliancestrasse 107, bezw. Genehmigung zur Zahlung der vereinbarten Conventionalstrafe, für welche der Aufsichtsrath regresspflichtig ist, an die Verkäuferin; 3) Entlastung des gegenwärtigen Aufsichtsraths und Neuwahl des Aufsichtsraths; 4) Statutenänderungen. — Gemäß heutiger Aufnahme hiesiger Getreidebestände haben wir Weizen, Roggen und Hafer auf Lager 14.214, 38.797 und 1950 Tonnen. Der bezügliche Anschlag an der Börse trägt heute zum ersten Male den Zusatz, dass Angaben der Lagerinhaber den Ermittlungen zu Grunde liegen. Vermuthlich soll damit angedeutet werden, dass nur in der Zuverlässigkeit der Angaben der Lagerinhaber, nicht auch sonst noch welche Garantie für die Richtigkeit der Zahlen geboten wird. Der Weizenvorrath hat hiernach im Februar eine weitere Vermehrung von 640 Tonnen erfahren, die ungefähr derjenigen des Januar entspricht und jedenfalls darthut, dass der diesseitige Preisstand die Absatzwege verschliesst. Der Roggenvorrat zeigt weitere Abnahme um 4060 To., welche aber kaum halb so gross wie diejenige des Januars ist, was auffallen muss, doch erklärlich erscheint, da unsere Mühlen theilweise und zeitweise nicht arbeiten, andererseits auch nicht unerhebliche Quantitäten Roggen, die hier in Kähnen überwinteren, erworben haben. Der Hafervorrath hat seit Monatsfrist wieder um 525 To. abgenommen; er ist nun auf einen so bescheidenen Umfang reduciert, dass darin wohl ein gewisser Stützpunkt für den Werth des Artikels zu finden seindürfe. Die Sachverständigen-Commission beschloss, von der 4 1/2 proc. Ungarischen Staats-eisenbahn-Anleihe sind Stücke à 5000 Fl. an der hiesigen Börse lieferbar. — Der Einlösungscours für österreichische Silbercoupons ist unverändert 168.75 geblieben. — Die Actionen der Waggonfabrik Herbrand werden in nächster Woche an hiesiger Börse zur Einführung gelangen. — Handel und Notirung der convertirten Actionen der sächsischen Nähfadenfabrik vorm. Heydenreich wurde genehmigt. — Der Prospect betrifft der Conversion der russischen 1871er Anleihe (12 Millionen Pfund) dürfte schon im Laufe der nächsten Woche erscheinen. — Der Liquidations-Cours türkischer Douane-Obligationen beträgt 71,80 p.C.

Berlin. 1. März. **Fondsbörse.** Die Börse stand heute unter dem Eindruck der von der Credit-Anstalt veröffentlichten Gewinnziffern.

Allgemein ging die Ansicht dahin, dass das Resultat, soweit sich die Verhältnisse überschauen lassen, entschieden ein ungünstiges ist. Die Speculation hat sich in den letzten Tagen mit Recht in Creditactien à la bâsse engagiert, während man für alle einheimischen Bankwerthe zufriedenheitliche Stimmung bewahrt hatte. Zu ermässigtem Course fanden nicht unbedeutende Deckungskäufe statt; nach Befriedigung derselben erfolgte ein Rückgang des Courses, in Folge dessen die übrigen spekulativen Bankpapiere unter dem Drucke grösserer Realisationen nachgegeben mussten. Credit ultimo 166—166,25—165,25—166, Nachbörse 165,60 (— 3,00), Commandit 243,30—243,50—242,80—243,25 bis 243,10, Nachbörse 241,50 (— 1,75). Von inländischen Bahnen Ostpreussen, Marienburger fest, doch still; von fremden Bahnen einige böhmische gefragt, Buschtrader lebhaft. Prioritäten fest; Transkaukasier, 3proc. Italiener, Russische Südwestbahn gesucht. Rentenmarkt schwach; 1880er Russen 90,50 bis 90,60, Nachbörse 90,60 (— 0,10), 1884er Russen 102,90, Nachbörse 103 (— 0,10), Ungarn 86—86,10, Nachbörse 86 (— 0,25), Russische Noten 218,15—219,25—219, Nachbörse 218,75 (— 0,25). Inländische Anlage-

werthe vorwiegend fest, Consols und Reichsanleihe anziehend. Im Prämienverkehr waren Commandit, Credit und östliche Bahnen belebt. Speculative Bergwerke anfänglich fest, dann schwächer; Bochumer 201,30—199,75—200,75, Nachbörse 200, Dortmunder 101,50—101,60 bis 101,10—101,75, Nachbörse 101,10 (— 0,40), Laura 138,40—138,50—138,25 bis 139,40—139, Nachbörse 138,50 (+ 0,10). Von Cassabergwerken waren belebt und besser Redenhütte (+ 5), Lauchhammer. Von anderen Industriewerthen lagen fest: Schlesische Cementfabrik (+ 5%), Gieselsche Cementfabrik (+ 4), Königszeller Porzellanfabrik, Siemens Glashütten, Archimedes 148,10 Mark bez. u. Gd.

Berlin. 1. März. **Prodnotebörse.** So stiller Markt wie heute, zählt für den 1. März zu den allergrössten Seltenheiten. Es fehlte jede ernste speculative Theilnahme; trotz der fast nur festen Berichte blieben die Umsätze auf fast allen Gebieten äusserst geringe. — Loco Weizen behauptet. Termine erfuhren nur wenig Transactionen; Haltung eher fest. Preise durchgängig um ein Geringes besser. — Loco Roggen, schwach öffnet, ging zu festen Preisen wenig um. Der Terminhandel verlief zwar ziemlich still, indess liess sich feste Tendenz nicht verkennen. Preise konnten sich auch um 1/2—3/4 Mark bessern, weil die kältere Witterung auf das Angebot zurückhaltende Wirkung übte. Es soll heute ein prompter Odessa-Dampfer gehandelt werden sein; verkauft aber wurde im Markte daraufhin jedenfalls nicht; entweder hat man das schon früher besorgt oder will bessere Preise abwarten. — Loco Hafer preishaltend. Termine 1/4 M. besser bezahlt. — Roggenmehl 5 Pf. teurer. — Mais und Kartoffelfabrikate still. — Rüböl erfreute sich ziemlich reger Nachfrage und entsprechender Lebhaftigkeit bei besseren Preisen; nahe Sicht schloss 30 Pf., Herbst sogar 50 Pf., höher bei fester Haltung. — Petroleum still. — Spiritus war vernachlässigt, notirte in 70er merklich niedriger. Termine verfielen nach mässig festem Beginn neuerdings in matte Tendenz und waren durchgängig etwas schwächer als gestern.

Posen. 1. März. **Spiritus** loco ohne Fass (50er) 51,60 Mark. do. loco ohne Fass (70er) 32,00 Mark und darüber. — Tendenz: Matter. — Wetter: Kalt.

Hamburg. 1. März. **Kaffee.** (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 84 1/4, per Mai 85, per September 86 1/4, per December 86 1/2. Tendenz: Ruhig.

Amsterdam. 1. März. Java-Kaffee good ordinary 51 1/4.

Havre. 1. März. Vorm. 10 Uhr 30 Min. **Kaffee.** Good average Santos per März 103,50, per Mai 104,75, per September 106,50. Ruhig.

Magdeburg. 1. März. **Zuckerbörse.** Termine per März 14,37 bis 14,40 M. bez., per April 14,47 M. bez., 14,45 M. Gd., 14,50 M. Br., per April-Mai 14,60—14,55 M. bez., per Mai 14,60 M. Br., 14,55 M. Gd., per Juni-Juli 14,72—14,77 M. bez. u. Br., 14,65 M. Gd., August 14,90 M. bez. u. Br., 14,87 M. Gd., per September 14,52 M. Br., 14,45 M. Gd., per October 13,20 M. Br., 13,00 M. Gd., per Octbr-Decbr. 12,95 M. Br., 12,92 M. Gd., per November-December 12,90 M. Br., 12,85 M. Gd., per December 12,85 M. bez. — Tendenz: Fest.

Paris. 1. März. Nachmittag. **Zuckerbörse.** Rohzucker 88° fest, loco 38, weisser Zucker fest, Nr. 3 per 100 Klgr. per März 41,80, per April 42,10, per Mai-Juni 42,30.

London. 1. März, 12 Uhr 13 Minuten. **Zuckerbörse.** Fest. Bas. 88 1/2%, per März 14, 41 1/2, per April 14, 41/2 + 1/2, per Mai 14, 6 + 1/2, per Juni 14, 7 1/2 + 1/2.

London. 1. März, Nachm. Zuckerbörse. 96 proc. Javazucker 16 1/2, stetig. Rüböl-Rohzucker 14 3/8, fest.

Newyork. 28. Febr. **Zuckerbörse.** Centrifugale 96 pCt. werden zu 5 1/2% und Fair Refining Muscovaden 89 pCt. zu 4 7/8 angeboten.

Glasgow. 1. März. **Rohesel.** 28. Februar | 1. März. (Schlussbericht.) Mixed numbers warrants | 43 Sh. 1 D. | 43Sh.5 1/2 D.

Börsen- und Handels-Depeschen.

Berlin. 1. März. [Amtliche Schluss-Course.] Befestigt.

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Cours vom 28.	1.	Cours vom 28.	1.			
Galiz. Carl-Ludw.-B.	87 90	87 10	D. Reichs-Anl. 40 1/2	109 20	109 20	
Gotthard-Bahn ult.	144—	143 90	do. do.	31 1/2	103 90	104—
Lübeck-Büchen	177—	177 40	Posener Pfandbr.	102 50	102 60	
Mainz-Ludwigshaf.	114 50	114 40	do. do.	31 2/0	101 90	102—
Mittelmeerbahn ult.	121 80	121 70	Preuss. 40 1/2 cons. Anl.	108 90	109—	
Warschau-Wien	204 90	206 40	do. do.	31 1/2	104 50	104 40
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.				do. Fr.-Anl. de 55	172 90	172 90
Breslau-Warschau	61 25	61 50	do. do.	30 1/2	102 100	102 100
Ostpreuss. Südbahn.	117 50	117 50	Schl. 31 1/2% Pfdr. L.A.	101 70	101 70	
Bank-Actionen.				do. Rentenr. i.	105 60	105 60
Bresl. Discontobank.	116 30	116 70	Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.			Oberschl. 31 1/2% Lit. E.
do. Wechslerbank	107 90	107 90	do. 41 1/2% 1879	103 100	103 30	102 20
Deutsche Bank	177 20	177 20	do. 60% do. do.	107 20	107 10	102 10
Disc.-Command. ult.	243 70	242—	Russ. 1880er Anleihe	90 70	90 80	90 70
Oest. Cred.-Anst. ult.	169 20	166 40	do. 1884er ult.	103 20	103 30	102 20
Schles. Bankverein.	131 20	131 50	do. 41 1/2 B.-Cr.-Pfor.	95 80	95 70	95 70
Industrie-Gesellschaften.				do. 1883er Goldr.	114 80	114 80
Archimedes	149—	148 10	do. Orient-Anl. II.	68 80	68 70	68 70
Bismarckhütte	189 50	189 50	do. 60% do. do.	107 20	107 10	107 10
Bochum-Gussstahlult.	201 10	200 50	Russ. 1880er Anl. ult.	90 50	90 50	90 50

Die Geburt einer gesunden Tochter
zeigen ergebenst an [3644]
Gymnasiallehrer Dr. Wiedemann
und Frau.
Breslau, den 1. März 1889.

Statt jeder besonderen Meldung.
Durch die glückliche Geburt eines
munteren Löchterchens wurden hoch-
erfreut [2794]
Hütteningenieur Obst und Frau
Gertrud, geb. Sachs.
Bismarckhütte, 28. Februar 1889.

Die Geburt eines Zwillingspaars
(Knaben) zeigen hocherfreut an
J. Schmidt und Frau.
Neustadt a. A. [4224]

Todes-Anzeige.
Heute Morgen 7½ Uhr ver-
schied sanft in Folge eines
Schlaganfalls unser lieber,
guter Herr, der Kaufmann
Ignatz Bloch.
Er war uns ein sorglicher,
menschenfreudlicher Bröther,
dessen Andenken wir stets in
Ehren halten werden. [3650]
Breslau, den 1. März 1889.
Frau Auguste Scholz,
Johanna Roszinska
und Emma Anna, Julie.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute Morgen um 8 Uhr verschied plötzlich am Herzschlag
mein innigstgeliebter unvergesslicher Gatte, unser guter, fürsorg-
licher Vater, Grossvater, Schwiegervater, Schwiegersohn,
Schwager und Onkel, der Kaufmann [1101]

Ignatz Bloch,

im Alter von 54 Jahren.

Dies zeigt im tiefsten Schmerze, um stille Theilnahme
bittend, an

im Namen der tiefbetrübten Hinterbliebenen

Pauline Bloch, geb. Schottlaender.

Breslau, den 1. März 1889.

Beerdigung vom Trauerhause Neue Gasse 13a Sonntag
Vormittag 11 Uhr.

Heute Morgen verschied plötzlich am
Herzschlag unser hochverehrter Chef,

Herr

Ignatz Bloch.

Wir verlieren durch den frühen Heim-
gang desselben einen edlen, gerechten
und wohlwollenden Vorgesetzten. Sein
unermüdlicher Fleiss und sein reiches
Wissen waren uns stets ein leuchtendes
Vorbild. [3643]

Wir werden dem Verblichenen jeder
Zeit ein treues Andenken bewahren.

Das Personal der Firma B. Werner.

Breslau, den 1. März 1889.

Durch das heute Morgen erfolgte plötzliche Ableben des
Herrn [3628]

Ignatz Bloch

hat unsere Gesellschaft einen schmerzlichen Verlust erlitten.
Seit langen Jahren treues Mitglied unseres Bruderbundes, ge-
hörte er nunmehr zwei Jahre dem Vorstande an, und bewährte
sich durch seinen Eifer und seine Anhänglichkeit als Förderer
unsrer Gesellschaftszwecke.

Wir werden dem Heimgegangenen ein ehrendes Andenken
stets bewahren.

Breslau, 1. März 1889.

Der Vorstand der dritten Brüdergesellschaft.

Am gestrigen Tage verschied der unserer Gesellschaft als
Mitglied gehörige [2786]

Königl. Commerzien-Rath

Herr Joseph Moll.

Edlen, wohlthätigen Sinnes hat er wie allen gemeinnützigen
Gesellschaften auch der unserigen sein Interesse und Wohl-
wollen zugewendet.

Wir betrauern tief den Verlust eines so geschätzten Mit-
gliedes, dem wir ein treues Andenken bewahren werden.

Breslau, 1. März 1889.

Der Vorstand der Gesellschaft der Brüder.

Statt besonderer Meldung zeigen wir allen Verwandten,
Freunden und Bekannten ergebenst an, dass am 28. Febr., Nachts
12½ Uhr, unser guter Vater, Schwiegervater und Onkel, der
Stadtverordneten-Bureau-Vorsteher a. D. Herr [3664]

Friedrich Pietsch

im Alter von 84 Jahren 4 Mon. zur ewigen Ruhe eingegangen.

Um stille Theilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen

F. Pietsch.

Breslau, Berlin, den 1. März 1889.

Die Beerdigung findet Sonntag, Nachmittag 4½ Uhr, vom
Trauerhause, Matthiasstrasse 70, nach dem Sandkirchhof am
Lehmdeamm statt.

Statt besonderer Meldung.
Heute Nachmittag 4 Uhr verschied unser unvergesslicher, guter
Vater, der [2776]
Königl. Sanitätsrath Dr. Carl Wicher,
in seinem 67. Lebensjahr.
Uest O-S., den 28. Februar 1889.

Die trauernden Kinder.

„Jesus litt außen vor dem Thor, lasset uns zu ihm
hinaus gehen.“ Ebräer 13, V. 12 u. 13. Predigt Sonntag Vorm. 10 Uhr
Zwingerstraße 5a. Juben besonders eingeladen. [3624]

Verein „Freundschaft“ (früher „Kupferkasse“).

Am 11. März cr. [3637]

BALL

im Café restaurant, Carlsstraße 37.

Schweidnitzer Thor-Bezirksverein. Stiftungsfest,

Sonnabend, den 2. März cr., Abends 7½ Uhr, im Saale der
Gesellschaft der Freunde.
Billets sind bei den Herren Bischoff, Gartenstraße 4a, Manheimer,
Sonnenstraße 21, Blöcke, Grabschneidstraße 27, sowie bei dem Vereins-
boten bis Sonnabend Mittags zu haben. [1089]

Zweite Brüder-Gesellschaft.

Ordentliche General-Versammlung
Sonntag, den 3. März 1889, Vormittags 11 Uhr,
im Saale der Gesellschaft der Freunde.

Tages-Ordnung.

- a. Vorstands-Wahl gemäß § 20 des Statuts.
b. Erledigung der Bestimmungen gemäß §§ 16, 18, 33 des Statuts.

Der Vorstand. [3635]

Stadt-Theater.

Sonnabend. (Erhöhte Preise: Parquet
4 M. cr.) Vorlegtes Gaftspiel des
Rgl. Sächsischen Kammerländer
Hrn. Paul Bulz aus Dresden.

„Don Juan.“ Oper in 2 Acten
von W. A. Mozart. (Don Juan,
Herr Paul Bulz.)

Sonntag. Abend. „Lohengrin.“
Große romantische Oper in 3 Acten
von Richard Wagner.
Nachm. (Halbe Preise.) „Robert
und Bertram“, oder: „Die
lustigen Bagabonden.“ Posse
mit Gesang und Tanz in 4 Acten
von G. Räder.

Lobe-Theater.

Sonnabend. „Nanon.“
Sonntag Nachm. (Erhöhte Preise.)

„Familie Knickmayer.“
Abends 7½ Uhr: „Nanon.“

In Vorbereitung: „Die wilde
Jagd.“ „Das Spixentuch
der Königin.“

Thalia-Theater.

Direction: Georg Brandes.
Sonntag: „Doctor Klaus.“ Lust-
spiel in 5 Acten von A. L'Arronge.

Der Vorverkauf von Billets findet
heute Sonnabend, von 10 bis 3 Uhr
bei Herrn A. A. Schlesinger, Ring
Nr. 10/11, Eingang Blücherplatz, statt.

Helm-Theater.

Sonnabend: Zum 27. Male!
„Größte Possen - Novität
der Gegenwart.“ Sämtliche
Turner im 3. Act erscheinen in
neuen prachtvollen Costümen.

Höhere Töchter.

Die Damen tanzen in Berlin (Elsa
Meth). Gondellied (Alma Miranda).

„Scheine Zeit, o selige Zeit
(Edmund May).“

Sonntag: „Therese Krones.“

Verein für class. Musik.

A. Klughardt, Clavierquintett, G-
moll, op. 43.

Mendelssohn, Andante a. d. Violin-
concert.

Rubinstein, vierh. Claviersonate, D-
dur, op. 89. [2788]

Clavier: Herren Bodmann u. Polko.

Gastbillets (Mk. 1) bei Lichtenberg.

Der Polnische

Industrie-Verein
veranstaltet heute, d. 2. März, Abends
7½ Uhr, im Saale des St. Vincenz-
hauses eine Theater-Vorstellung,
verbunden mit Kränzchen. [3649]

Das Nähere die Plakate.

Humboldtverein

für Volksbildung.

1) Sonntag, den 3. März, Nachm.
5 Uhr, im Musiksaal der Universität
Vortrag des Herrn Dr. med. R. Kayser:

„Luft und Leben“.

2) Mittwoch, den 6. März, Abends

8 Uhr, im Auditorium maximum

IV. Vortrag des Cyklus,

gehalten von Herrn Gymnasiallehrer

Beyer: [3657]

„Das elektrische Licht“.

Verein Machsike Tora,

Graupenstrasse 11b.

Sonnabend Vormittag 11 Uhr:

Pentateucherklärung.

Gäste haben Zutritt.

Alabaster-Vasen und Figuren

werden sauber gereinigt u. repariert.

Alte Figuren werden waschend ge-
macht u. auch in Terracotta imitirt.

C. Matzke, Christophoripl. 6,

Figuren-Geschäft. [3570]

Wiener Volksleben,

große Posse mit Gesang u. Tanz.

Ausstattung neu.

Ansang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

Kupferbronzirene

von Kronleuchtern, Lampen u. s. w.

Umänderungen werden sicher aus-
geführt bei Fr. Winkler, Gürster-

meister, Weidenstraße 3. [3564]

Nach ärztlicher Vorschrift angefertigte und empfohlene

Umstands-Corsets

bei größter Bequemlichkeit höchst zweckentsprechend
empfiehlt billigt

Louis Freudenthal,
Corset-Fabrik,
Ohlauerstraße 80, Breslau.

Illustrierter Preis-Courant und Auswahlsendungen frei.
Bei Bestellung bitte um Angabe der Weite. [2769]

Das Sommersemester der B. Lindner'schen höh. Mädchen-
schule beginnt mit dem 1. April. [2758]
Anmeldungen von Schülerinnen für Selektia und Schule nehme ich
täglich zwischen 12 und 2 Uhr entgegen.

Breslau, Ohlauerstraße 44.

Hedwig Knittel,
Vorsteherin der Lindner'schen Lehranstalten.

Das Sommersemester des B. Lindner'schen Lehrerinnen-
seminars beginnt mit dem 25. April. [2759]
Anmeldungen nehme ich täglich von 12-2 Uhr entgegen.

Breslau, Ohlauerstraße 44.

Hedwig Knittel,
Vorsteherin der Lindner'schen Lehranstalten.

In meinem Pensionat finden noch einige Schülerinnen im Alter
von 10-16 Jahren Aufnahme. Näheres durch Prospekte. [2760]

Breslau, Ohlauerstraße 44.

Hedwig Knittel,
Vorsteherin der Lindner'schen Lehranstalten.

Breslauer Stenographen-Verein (System Neu-Stolze).

Montag, den 4. März, Abends 8½ Uhr, beginnt in Klasse I
der Kath. höheren Bürgerischule am Nicolai-Stadtgraben unter
Leitung des ersten Schriftführers ein neuer Unterrichtskursus, und
zwar auf vielseitigen Wunsch nur für erwachsene Herren in der im
Abgeordnetenhaus amtlich gelehrt

Neu-Stolze'schen Stenographie.

Dauer des Unterrichts 10 Stunden. Teilnehmerarten zu 5 Mark
finden zu haben in G. P. Aderholz' Buchhandlung, Ring 53, bei S. Münter,
Schweidnitzerstr. 8, sowie vor Beginn des Unterrichts im Lehrzimmer.

Der Vorstand. [3639]

Allgemeine Renten-Anstalt in Stuttgart v. J. 1833.

—Lebens-, Capital- und Renten-Versicherung —
längst anerkannte Solidität — äußerst niedrige Prämien — hohe Divi-
denden und Renten, lehre auch mit Rückgewähr von Einlagen —
günstige Kriegsversicherung. Tüchtige Vertreter werden überall gern
angezogen durch

General-Agentur Breslau, Berlinerstr. Nr. 5, Moritz Vogt.

Meine von ärztlichen
Autoritäten geprüften
und als beste Vorbeugung
gegen Rückgrats-Verkrüm-
mung und Engbrüstigkeit
empfohlenen

Concursversfahren.

In dem Concursversfahren über das Vermögen des Ingenieurs **Hugo Neumann** zu Bunzlau, 3. Februar in Leipzig, ist zu Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters der Schlußtermin auf den 28. März 1889, Vormittags 10½ Uhr, vor dem Königlichen Amts-Gerichte hier selbst, Terminzimmer Nr. 9, bestimmt. [2768]

Bunzlau, den 27. Februar 1889.

Nehls,

Gerichtsschreiber

des Königlichen Amts-Gerichts.

Beschluss.

In dem Concursversfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Isidor Fuchs**

zu Oppeln wird zur Prüfung der von der Handlung **Vorhardt & Comp.** zu Breslau nachträglich angemeldeten Waarenforderung von 242 M. 75 Pf. ein besonderer Termin vor dem hiesigen Königlichen Amtsgericht Bunzlau Nr. 12 [2767]

auf den 18. März 1889,

Vormittags 9 Uhr,

bestimmt. Oppeln, den 26. Februar 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist heute unter laufende Nr. 175 die Firma **Josef Steiner**

zu Klein-Dombrowa und als deren Inhaber der Kaufmann **Josef Steiner** zu Klein-Dombrowa eingetragen worden. [2771]

Myslowitz, den 27. Februar 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist heute bei Nr. 2116 (90) die Löschung der Firma **J. Steiner** [2772]

zu Klein-Dombrowa eingetragen worden.

Myslowitz, den 27. Februar 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist

heute bei Nr. 2116 (90) die Löschung der Firma **J. Steiner** [2772]

zu Klein-Dombrowa eingetragen worden.

Myslowitz, den 27. Februar 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Brennholz-Verkauf
im Bunzlauer Stadtforst.
Am Donnerstag, den 7. März, Vormittag 10½ Uhr, sollen im **Schulz'schen** Gasthof zu Lichtenwalde (nächste Bahnstation Thomaswaldau) nachstehende Brennholzer aus diesjährigen Schlägen des Reviers Grasewitz öffentlich versteigert werden. [2762]

1) Schubbezirk Oberhede:

460 Rmtr. Niedern Scheit,
590 - Spalt-
knüppel,

300 - Rund-
knüppel.

Die Schläge liegen dicht am Bahnhofe Armadebrunn oder in deren Nähe, woselbst die Hölzer verladen werden können.

2) Schubbezirk Kretschamberg,

Jagen 88:

48 Rmtr. Niedern Scheit,
479 - Spalt-
knüppel,

178 - Rund-
knüppel,

22 - Rund-
knüppel.

Wer an Schwindsucht, Auszehrung, Asthma (Asthennot), Luftröhrentartare, Spitzenaffectionen, Bronchitis und Kehlkopftartare leidet, trinke den Absud der Pflanze **Homerland**, welche steht in Packen 2 Mk. 1. — bei Ernst Weidemann in Liebenberg am Harz erhaltlich ist.

Wer sie vorher über die grossartige und überraschende Erfolge dieser Pflanze, über die ärztlichen Aussserungen und Empfehlungen, über die Importeur gewordenen Auszeichnungen informiert will, verlangt ebendieselbst gratis und franco die über die Pflanze handelnde Broschüre.

Bei grösseren Posten ist ¼ des Kaufpreises im Voraus anzuzahlen; Reitablung nach Vereinbarung mit dem Magistrat.

Bunzlau, den 28. Februar 1889.

Der Magistrat.

120,000 M.

zur 1. Stelle auf ein Grundst. erster

Wage der inneren Stadt (ohne Vermittlung) gesucht. Gef. Off. unt.

D. H. 22 Postamt 10. [3636]

60,000 Mark

zur 2. Stelle auf ein größtes Grund-

stück in Breslau, innere Stadt, gold-

fischer, werden gesucht. Ohne Ver-

mittlung. Hauptpostlagernd Breslau

sub A. B. 7. [3648]

Bewährtestes Mittel gegen Kopfschmerzen, Migräne, Neuralgische Schmerzen, Rheumatismen, Keuchhusten u. A.

(Dosis für Erwachsene 1—2 Gramm.)

ist **Dr. Knorr's Antipyrin**

Zu haben in allen Apotheken; man verlange ausdrücklich „Dr. Knorr's Antipyrin.“ Jede Original-Büchse trägt den Namenszug des Erfinders „Dr. Knorr“ in rotem Druck.

[6162]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]

[3659]